

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Walter Schuster

Albert Schöpf

Vorstand der WAG und Politiker, 29.4.1906–5.10.1980

Albert-Schöpf-Straße, benannt 1983

Kurzbiographie

Albert Schöpf wurde am 29. April 1906 in Bregenz geboren. Sein Vater entstammte einer Tiroler Bauernfamilie und wurde Eisenbahner, seine Mutter kam aus einer Zimmermannsfamilie in Bludenz. Nachdem der Vater an den Folgen einer Infektion im Jahr 1918 gestorben war, wurde es für die Familie schwer, das finanzielle Auslangen zu finden. Auf Ratschlag der Lehrer hin ermöglichte die Mutter dem Sohn die Absolvierung des Bundesrealgymnasiums in Bregenz. Schöpf berichtete später, dass ihm unbekannte Gönner das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Innsbruck finanziert hatten. Dieses absolvierte er von 1926 bis 1931.¹ In Innsbruck gehörte er seit 1926 der akademischen Studentenverbindung Austria Innsbruck im Österreichischen Cartellverband an.²

Nach seinem Studium übersiedelte Schöpf im Juli 1931 von Innsbruck nach Linz, wo er eine Anstellung als Rechtskonsulent des Katholischen Volksvereins erhielt. Der Katholische Volksverein stellte die Landesorganisation der Christlichsozialen Partei in Oberösterreich dar.³ Er trat auch als Redakteur des „Volksvereinsboten“ in Erscheinung.⁴

Im Mai 1934, nach dem Bürgerkrieg im Februar, trat Schöpf in den Magistratsdienst der Stadt Linz ein.⁵ Im autoritären Ständestaat nahm er hohe politische Funktionen in Oberösterreich ein: Er fungierte als Landesführer der „Ostmärkischen Sturmsharen“ und als Gauführer der Vaterländischen Front im Bezirk Urfahr-Land.⁶

¹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Schöpf an Magistrat, eingelangt 27.3.1934; Privatarchiv Dr.ⁱⁿ Traude Hauner-Schöpf, Lebenslauf Albert Schöpf, 3.3.1939; Vorarlberger Volksblatt vom 15. Dezember 1947, 2; Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

² AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Neues Volksblatt, 11.10.1980, 5; OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Niederschrift Sitzung Staatskommissar, 26.8.1938.

³ AStL, Meldekarteien, Karteikarte Albert Schöpf; Privatarchiv Dr.ⁱⁿ Traude Hauner-Schöpf, Lebenslauf Albert Schöpf, 3.3.1939; Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

⁴ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

⁵ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Personalkarteikarte; Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

⁶ Amtskalender 1938, 46; Mühlviertler Nachrichten vom 27. Oktober 1937, 4; ebenda vom 26. November 1937, 5; Salzburger Volksblatt vom 15. April 1936, 6.

Albert Schöpf heiratete im Februar 1936 die Linzerin Barbara Silber, mit der er fünf Kinder hatte. Der einzige Sohn, Albert, verstarb 1940 im Alter von zweieinhalb Jahren.⁷

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich wurde Schöpf aus dem Magistratesdienst entlassen.⁸ Der berufliche Wiederaufstieg gelang ihm durch eine Anstellung bei den Reichswerken Hermann Göring bzw. deren „Wohnungsaktiengesellschaft“ (WAG), wo er es während der NS-Zeit bis zum Abteilungsleiter brachte.⁹ Knapp vor Kriegsende wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und erlitt einen Armschuss.¹⁰

Nach dem Ende der NS-Herrschaft trat Schöpf noch im Mai 1945 wieder in den Magistratesdienst ein und erhielt die Oberleitung des Wirtschafts- und Wirtschaftsförderungsamtes.¹¹ Zudem wurde er im Jahr 1946 auch mit der Oberleitung des Ernährungsamtes, des Ernährungsdienstes sowie des Marktamtes inklusive der Lebensmittelpolizei betraut.¹² 1949 wurde er Bezirksverwaltungsdirektor der Stadt Linz.¹³

Bereits 1945 konnte er als öffentlicher Verwalter die Geschäftsführung der WAG übernehmen, die als Deutsches Eigentum galt. Ab 1956 amtierte er als alleiniger Vorstand der WAG.¹⁴

Nach dem Krieg entwickelte sich auch die politische Karriere von Albert Schöpf rasch: Er war Mitbegründer der ÖVP und des ÖVP-Wirtschaftsbundes. In der Partei übernahm er Spitzenpositionen, darunter die Funktion eines Landesparteiobmanns zwischen November 1947 und Oktober 1951.¹⁵ 1948/49 fungierte er für die ÖVP als Mandatar im Bundesrat, 1949 bis 1953 im Nationalrat und 1953 bis 1956 wiederum im Bundesrat.¹⁶ In dieser Zeit war er von der Dienstleistung im Magistrat Linz freigestellt.¹⁷

⁷ AStL, Meldekarteien, Karteikarten Albert Schöpf; Vorarlberger Volksblatt vom 15. Dezember 1947, 2; Mühlviertler Nachrichten vom 14. Februar 1936, 8.

⁸ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

⁹ Vorarlberger Volksblatt vom 15. Dezember 1947, 2.

¹⁰ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Zeitungsartikel „Linz: Dr. Schöpf führt ein strenges Regiment“ (undatiert, ca. 1965); Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

¹¹ AStL, Personalakten, Personalkarteikarte Albert Schöpf; ebenda, Personalakt Albert Schöpf, Antrag MD Oberhuber, 16.5.1946.

¹² AStL, Personalakt Albert Schöpf, Ernennung, 24.5.1946.

¹³ Ebenda, Verfügung Präsidialamt, 20.12.1949.

¹⁴ Ebenda, Koref an Schöpf, 16.5.1945; Wohngeschichten, 23; Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 263.

¹⁵ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Amtsbericht, 31.3.1956.

Albert Schöpf wurden zahlreiche Auszeichnungen verliehen, darunter das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich.¹⁸ Schöpf verstarb am 5. Oktober 1980 in Linz.¹⁹

Leistungen

Gegner des Nationalsozialismus vor 1938

Zwei Monate vor dem Bürgerkrieg des Februars 1934 trat der Sekretär des Katholischen Volksvereins, Albert Schöpf, in einer Rede als überzeugter Anhänger der Regierung Dollfuß und der Vaterländischen Front auf.²⁰ Die Sozialdemokraten erwähnte er bei dieser Gelegenheit offenbar mit keinem Wort, wohl aber den Nationalsozialismus in Österreich „mit seinen Verbrechen“ sowie „den geistigen Terror, unter den die Stammesbrüder im Deutschen Reiche seufzen“.²¹

Auch als Schriftleiter des Katholischen Volksvereins war Schöpf im Jänner 1934 in eine Auseinandersetzung mit nationalen Kreisen geraten. Er hatte in einer Ausgabe des „Volksvereinsboten“ behauptet, „dass Kinder braver, katholischer Eltern in deutschvölkische Turnvereine geschickt wurden, oder eintraten, um dort Leibesübungen zu pflegen, und dann, freilich ohne und gegen den Willen der vielfach schlecht beratenen und irreführten Eltern zu Staatsfeinden erzogen werden.“ Der Obmann des Deutschen Turnerbundes erhob daraufhin Klage gegen Schöpf, worauf die Sache vor einem Richter verhandelt wurde. Schöpf trat selbstbewusst auf, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung antreten zu wollen.²² Bei der Gründungsversammlung des christlich-deutschen Turnvereins in Leonfelden im Herbst 1937 soll Schöpf erklärt haben, dass, wenn es in Österreich nur christlich-deutsche Turner gegeben hätte, es nie zu einem „25. Juli“ – gemeint war der nationalsozialistische Putschversuch und die Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934 – gekommen wäre.²³

¹⁸ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Parte, OÖN, 8.10.1980, 34; ebenda, WAG an Stadtrat Enzenhofer, 24.11.1976.

¹⁹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Sterbebuch-Abschrift, 5.10.1980.

²⁰ Salzkammergut-Zeitung vom 14. Dezember 1933, 8.

²¹ Ebenda.

²² Alpenländische Morgen-Zeitung vom 28. Jänner 1934, 1.

²³ OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Bericht über Schöpf, 16.8.1938.

In Engelhartzell machte er im Juni 1935 bewusst, „dass der von brauner Seite gegen unser Vaterland geführte Kampf noch nicht beendet ist“.²⁴ Bei einer anderen Gelegenheit trat er öffentlich für die rücksichtlose Entfernung nationalsozialistisch gesinnter Soldaten aus dem Bundesheer ein.²⁵

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde Albert Schöpf im Mai 1938 des Dienstes im Magistrat enthoben und seine Bezüge wurden auf die Hälfte gekürzt. Im Februar 1939 folgte seine Entlassung wegen seiner politischen Tätigkeit im Ständestaat.²⁶ Nach Meinung des Magistrates Linz hatte er „zu den aktivsten Elementen der Vaterländischen Front gehört“ und sei „ein besonders enger Freund Dr. Schuschniggs“ gewesen.²⁷ Anlässlich seiner Entlassung fiel die politische Beurteilung zu seiner Person denkbar negativ aus:

„In seiner Eigenschaft als Organisationsleiter der Sturmsharen hielt er im Lande zahlreiche Versammlungen ab, in denen er in gehässigster Weise gegen die NS [Nationalsozialisten] Stellung nahm. Seiner ganzen geistigen Einstellung nach ist Dr. Schöpf zu den unveröhnlichsten Gegner[n] zu rechnen und ist daher für den n.s. [nationalsozialistischen] Staat untragbar.“²⁸

Allerdings kam auch die nationalsozialistische Stadtverwaltung nicht umhin, zu bestätigen, dass Schöpf über gute fachliche Kenntnisse verfüge und in beinahe allen juristischen Zweigen der Verwaltung mit Erfolg tätig gewesen war.²⁹

Führungskraft im Magistrat Linz nach 1945

Bereits am 16. Mai 1945, eine Woche nach dem Sturz des NS-Regimes in Linz, wurde Albert Schöpf mitgeteilt, dass seine in der NS-Zeit verfügte Entlassung aufgehoben sei.³⁰ Bürgermeister Ernst Koref betraute ihn mit der Oberleitung des Wirtschafts- und Ernährungsamtes und des Amtes für Wirtschaftsförderung sowie den sonstigen Agenden auf wirtschaftlichem Gebiet mit Ausnahme der gemeindeeigenen Betriebe.³¹ Nachdem der bisher zuständige Beamte Hans Frenzel zum Minister ernannt worden war, wurde Schöpf ab 1. Juni 1946 auch mit der Oberleitung des Marktamtes inklusive der Lebensmittelpolizei betraut.³² Im Mai 1946 verlieh

²⁴ Mühlviertler Nachrichten vom 7. Juni 221935, 3.

²⁵ OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Bericht über Schöpf, 16.8.1938.

²⁶ AStL, Personalakten, Personalkarteikarte Albert Schöpf; AStL, Personalamt, Verwaltung in der NS- und Nachkriegszeit, Sch. 28, Mappe Rehabilitierungen, Liste Wiedergutmachungsfälle 1938.

²⁷ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Personal- und Besoldungsamt an Gauleitung Oberdonau, 23.10.1939.

²⁸ OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Niederschrift Sitzung Staatskommissar, 26.8.1938.

²⁹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Dienstzeugnis, 17.11.1939.

³⁰ Ebenda, Bürgermeister an Schöpf, 1. Schreiben, 16.5.1945.

³¹ Ebenda, Bürgermeister an Schöpf, 2. Schreiben, 16.5.1945.

³² Ebenda, Ernennung, 24.5.1946.

ihm der Stadtrat rückwirkend mit 1. Jänner den Dienstposten und den Amtstitel eines Obermagistratsrats.³³ Den Wunsch der VÖEST, Schöpf zum dortigen Verwaltungsdirektor zu machen, lehnte Koref allerdings im Unterschied zu Landeshauptmann Gleißner ab.³⁴

Als Oberleiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes war Albert Schöpf mit der Problematik konfrontiert, „die erforderlichen Verbrauchsgüter zur Ingangsetzung der Linzer Versorgung aufzutreiben“. Dabei gelang es ihm, von der US-Besatzungsmacht die Genehmigung für den Zugriff auf jene Schleppschiffe zu erlangen, die auf der Donau zwischen Linz und Eferding seit Kriegsende festlagen und „Fluchtgüter aller Art“ geladen hatten. Gemeinsam mit der Handelskammer sorgte er für die Verteilung der Ladungen, wodurch auf Monate hinaus die Versorgung der Bevölkerung von Linz gesichert werden konnte.³⁵

Albert Schöpf, der wegen seiner Entlassung im Jahr 1939 als Rehabilitierungsfall galt, wurde im Juni 1945 von Bürgermeister Koref noch eine weitere verantwortungsvolle Aufgabe übertragen: Der Bürgermeister bestellte ihn zu einem von fünf Untersuchungskommissären, die über Auftrag der US-Militärregierung die politische Säuberung der Stadtverwaltung durchzuführen hatten.³⁶ Die Grundlage der Entnazifizierung stellten vorerst allein die Abbauvorschriften der US-Besatzungsmacht dar und erst ab Juli 1946 die Bestimmungen des österreichischen Verbotsgesetzes. Die Empfehlungen der Untersuchungskommissäre wurden von zwei Ausschüssen des Stadtrates vorberaten, die endgültige Beschlussfassung war dem Stadtrat vorbehalten.³⁷ Kennzeichnend für diese Phase der Entnazifizierung im Magistrat Linz war, dass sich die städtische Führung in erster Linie damit begnügte, die „altgedienten“ und besonders aktiven NS-Parteigenossen und Funktionäre zu entlassen, das waren rund 260 von 1.700 Beamten und Angestellten. Ein großer Teil der zirka 200 aus anderen Gründen Entlassenen bestand aus solchen Mitarbeitern, die nicht als österreichische Staatsbürger galten.³⁸

Die Dienste von Albert Schöpf bei der politischen Säuberung der Linzer Stadtverwaltung wurden im Jahr 1947 ein zweites Mal benötigt, als er zu einem von vier „Überprüfungskommissären“ bestellt wurde, die auf Basis des neuen Nationalsozialistengesetzes die Fälle von Bediensteten zu prüfen hatten, die entlassen oder wiedereingestellt werden sollten. Die Über-

³³ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Ernennung, 24.5.1946.

³⁴ Ebenda, Kuretschka an Koref, 23.8.1946; ebenda, Aktenvermerk Magistratsdirektor Oberhuber, 5.10.1946; ebenda, Koref an Kuretschka, 17.10.1946.

³⁵ AStL, Akten Bürgermeister Ernst Koref, Sch. 302, Albert Schöpf, Schöpf an Koref, 14.10.1961.

³⁶ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Koref an Schöpf, 22.6.1945; AStL, Personalamt, politisches Beweismaterial, Sch. 3; Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 130 f. Zum Rehabilitierungsfall siehe AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Rehabilitierung und Überleitung, 3.7.1947.

³⁷ Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 131 f.

³⁸ Ebenda, bes. 134 f. und 139.

prüfungskommissäre hatten die Auskunft des Registrierungsamtes einzuholen, ob die betreffende Person nach dem Gesetz als „belastet“ oder „minderbelastet“ galt, und auf Basis der Aktenlage die Feststellung zu treffen, ob sie als „politisch tragbar“ anzusehen war oder nicht. Die endgültige Entscheidung war wiederum einer „politischen Kommission“ bzw. einem „politischen Überprüfungsausschuss“ vorbehalten, dem unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Mitglieder des Stadtrates, der Magistratsdirektor und ein Mitglied der Personalvertretung angehörten. Kennzeichnend für diese Periode der Entnazifizierung war die – wenn rechtlich möglich – positive Beurteilung vieler Fälle bzw. die schleppende Überprüfung, wenn die Gesetzeslage keinen positiven Ausgang für die Betroffenen vermuten ließ. Eine Lösung stellte vielfach die individuelle Amnestierung von den Sühnefolgen durch den Bundespräsidenten dar.³⁹

Im Jänner 1947 fiel die Dienstbeurteilung von Magistratsdirektor Oberhuber für Albert Schöpf denkbar positiv aus:

„Er ist unter den rechtskundigen Beamten des Magistrates derjenige, der die vielfältigsten Qualifikationen für einen Leiterposten aufweist [...]. Er besitzt am meisten Initiative und Energie. Festgestellt werden muss, dass er sachliche Kritik im Interesse der Linzer Bevölkerung auch dort übt, wo es sich um ihm politisch nahestehende Stellen handelt.“

Bemängelt wurden nur „seine meist langwierigen, in einem merkwürdigen Stil gehaltenen Konzepte“. Zu diesem Zeitpunkt hoffte man noch, dass Schöpf die Verwaltungstätigkeit bei der WAG „im Interesse der Konzentration auf die Arbeit im Amte“ bald aufgeben würde.⁴⁰ Diese Hoffnung erfüllte sich freilich nicht, verblieb der zum Bezirksverwaltungsdirektor bestellte Albert Schöpf doch auch weiterhin bei der WAG und übte darüber hinaus von 1948 bis 1956 ein politisches Mandat im Parlament in Wien aus, weshalb er im Dezember 1949 von der Dienstleistung im Magistrat freigestellt werden musste.⁴¹

Nachdem Schöpf im März 1956 aus dem Bundesrat ausgeschieden war, wurde er ab 1. Juni 1956 wieder als Gruppenleiter der Bezirksverwaltung des Magistrates eingesetzt.⁴² Bei Abwesenheiten vom Dienst wegen seiner Leitungsfunktion in der WAG hatte er seinen Gebührenurlaub in Anspruch zu nehmen.⁴³ Mit 31. Dezember 1971 wurde Obersenatsrat Albert Schöpf in den dauernden Ruhestand versetzt.⁴⁴

³⁹ AStL, Verwaltung in NS- und Nachkriegszeit, Sch. 20, Mappe Denazifizierung 1945–1948, Schreiben Bürgermeister, 23.5.1947; Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 166 und 168–170.

⁴⁰ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Dienstbeschreibung, 31.1.1947.

⁴¹ Ebenda, Amtsbericht, 31.3.1956; siehe auch ebenda, Verfügung, 20.12.1949.

⁴² AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Verfügung, 30.5.1956.

⁴³ Ebenda, Magistratsdirektor an Schöpf, 7.9.1956.

⁴⁴ Ebenda, Antrag Schöpf, 7.6.1971; ebenda, Bescheid, 15.12.1971.

Leiter der WAG

Nach seiner Entlassung aus dem Linzer Magistrat sprach Albert Schöpf im Oktober 1939 bei Gauleiter August Eigruher vor und wies darauf hin, dass er Vater zweier Kinder sei, von denen eines schwer erkrankt sei. Der Gauleiter ordnete an, dass die aufgelaufenen Arztkosten von der Krankenkasse der Stadt Linz bezahlt werden.⁴⁵ Ob Schöpf, der sich nach seiner Entlassung mit seiner Familie in einer wohl nicht einfachen Lage befand, durch den Kontakt mit Eigruher wieder ein Jobangebot erhielt, ist fraglich. Jedenfalls gelang ihm noch im November 1939 der berufliche Wiedereinstieg durch eine Anstellung bei den Reichswerken Hermann Göring. 1940 wurde er zu einem Tochterunternehmen der HGW, der „Wohnungsaktiengesellschaft der Reichswerke Hermann Göring“ (WAG), überstellt, wo er mit dem Aufbau der Verwaltung des Wohnungswesens betraut wurde. Obwohl nicht Parteimitglied, brachte er es während der NS-Herrschaft in der WAG bis zum Leiter des Grundstücks- und Finanzierungswesens, der uk-gestellt war, das heißt als „unabkömmlich“ vom Kriegsdienst befreit war.⁴⁶ Das prestigeträchtigste Projekt der Wohnbaugesellschaft war die WAG-Stadt auf dem Harter Plateau in Linz.⁴⁷ In der NS-Zeit war Schöpf Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes.⁴⁸

Bereits in dem Schreiben vom 16. Mai 1945, mit dem Albert Schöpf wieder mit einer Leitungsfunktion im Magistrat Linz betraut wurde, teilte ihm Bürgermeister Koref mit, einverstanden zu sein, „dass Sie in der Betriebsführung der Wohnungs-A.G. der HGW verbleiben und erwarte, dass Sie mich über die für das Schicksal der WAG ausschlaggebenden Angelegenheiten am laufenden halten“.⁴⁹ Schöpf erzählte später, dass die Zusammenarbeit der WAG mit der Stadt Linz auf die ersten Tage nach Kriegsende zurückging, als er mit Bürgermeister Koref „diese Kooperation grundsätzlich regelte“.⁵⁰

⁴⁵ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, NSDAP Gauleitung Oberdonau an Oberbürgermeister Wolkerstorfer, 9.10.1939.

⁴⁶ Privatarchiv Dr.ⁱⁿ Traude Hauner-Schöpf, Antragsunterlagen für die Erwirkung einer bundesstaatlichen Auszeichnung (übermittelt von Albert Schöpf), 21.1.1963; AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Magistrat an Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, 27.7.1967; AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Zeitungsartikel „Linz: Dr. Schöpf führt ein strenges Regiment“ (undatiert, ca. 1965); Slapnicka, Führungsschicht ab 1945, 262; 25 Jahre WAG, 21; Vorarlberger Volksblatt vom 15. Dezember 1947, 2. Eine Überprüfung von Albert Schöpf auf eine etwaige Mitgliedschaft in der NSDAP im Bundesarchiv Berlin blieb ergebnislos (vgl. AStL, Archivablage, BA Berlin an Archiv der Stadt Linz, 17.2.2022).

⁴⁷ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Tagblatt, 28.4.1971.

⁴⁸ OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Fragebogen, 15.11.1938.

⁴⁹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Bürgermeister an Schöpf, 2. Schreiben, 16.5.1945.

⁵⁰ AStL, Akten Bürgermeister Franz Hillinger, Sch. 294, Albert Schöpf, Schöpf an Hillinger, 9.12.1969.

Mit Verfügung der US-Militärregierung vom 20. Oktober 1945 wurde Schöpf zum Verwalter der Wohnungs-Aktiengesellschaft der Reichswerke „Hermann Göring“, Niederlassung in Linz, bestellt. Zur Vertretung der Gesellschaft nach außen war nur er selbst ermächtigt.⁵¹ 1946 erfolgte – nach österreichischem Gesetz – seine Bestellung zum „öffentlichen Verwalter“.⁵²

In der Nachkriegszeit befand sich die WAG wegen der unklaren Besitzverhältnisse lange Zeit in einer schwierigen Lage. Die Verbindung mit den ehemaligen Göringwerken war getrennt und die Gesellschaft galt als „Deutsches Eigentum“, das unter der Kontrolle der Alliierten stand. Die US-Besatzungsmacht beschlagnahmte zahlreiche Wohnungen der WAG – allein in der Siedlung Bindermichl waren es 367 – für „Displaced Persons“ und eigene Zwecke. Zudem war das Unternehmen mit 87 Rückstellungsansprüchen konfrontiert, die wegen der Enteignungen während der NS-Zeit bestanden. Wegen der ungeklärten Rechtslage war auch die Aufnahme von Krediten nicht möglich. In dieser Phase gelang es Albert Schöpf, mit Zähigkeit, Ausdauer und harter Hand das angeschlagene Unternehmen zusammenzuhalten. Es war offensichtlich, dass er auch seine politischen Funktionen dazu benutzte, die Vermögensmasse der WAG zu erhalten und zu vermehren.⁵³ Dabei kam ihm der Umstand zugute, dass der Oberste Gerichtshof schließlich die Meinung vertrat, Enteignungen für den Wohnbau seien keine typisch nationalsozialistische Maßnahme gewesen, weshalb auch keine Vermögensentziehung vorgelegen sei.⁵⁴ Der WAG gelang es letztendlich, alle Rückstellungsverfahren bis auf drei zu gewinnen.⁵⁵

Wie hart und konsequent Schöpf in den Rechtsstreitigkeiten vorzugehen pflegte, zeigte sich im Rückstellungsverfahren, das der frühere deutschnationale Linzer Bürgermeister und Vizekanzler sowie ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Franz Dinghofer, wegen der Enteignung seines Schöllergutes gegen die WAG angestrengt hatte. Schöpf hatte bereits gegen Ende der NS-Herrschaft die Interessen der WAG im Rechtsstreit gegen Dinghofer vertreten und tat dies auch in den Nachkriegsjahren erfolgreich, bis das Verfahren letztendlich 1951 zu Gunsten der WAG beendet wurde. Am Höhepunkt der von beiden Seiten erbittert geführten Auseinandersetzung warf Schöpf Dinghofer eine an „Goebbelsche Methoden“ erinnernde Gräuel-Propaganda vor.⁵⁶

⁵¹ OÖN vom 19. Dezember 1945, 6.

⁵² AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, WAG an Stadtrat Enzenhofer, 24.11.1976.

⁵³ 25 Jahre WAG, 31, 35, 47, 61, 63 und 131; AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Artikel „25 Jahre für die WAG: Dr. Albert Schöpf“; ebenda, Dr. Albert Schöpf, Artikel „Dr. Albert Schöpf – 30 Jahre bei der WAG!“; Stöger, Sozialer Wohnbau, 146; vgl. allgemein Seidel, Wirtschaft, 343 und 406 f.

⁵⁴ 25 Jahre WAG, 47.

⁵⁵ 40 Jahre WAG, 9.

⁵⁶ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 95–102, Erwidernung WAG, eingelangt 11.3.1949, sowie die Biographie von Franz Dinghofer im Linzer Straßennamenbericht, Kapitel Schöllergut.

Schöpf musste sich aber auch der Kritik des Managements der VÖEST stellen. Die leitenden Herren der VÖEST waren der Auffassung, „die WAG sei ursprünglich eine Tochter-Einrichtung der Hermann Göringwerke gewesen und müsste loyalerweise sich auch heute als ein Tochterunternehmen der VÖEST fühlen und ihre Handlungen darnach setzen“. Die VÖEST-Manager kritisierten, dass die WAG stattdessen „eine Haltung an den Tag gelegt [habe], als ob die WAG nur ihrer selbst wegen da wäre und keinerlei Bindungen zu den VÖEST hätte.“⁵⁷ Albert Schöpf vertrat hingegen den Standpunkt, dass durch den Wegfall des der Hütte Linz und der WAG übergeordneten HGW-Konzerns „jede organische Bindung zwischen den beiden Betrieben entfallen“ sei. Er beharrte darauf, alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt zu haben und warf seinerseits den Herren der VÖEST vor, ein eigenes Wohnungsunternehmen gegründet zu haben, obwohl „die Wohnungs-A.G. bereitwilligst den Wohnungsbau für die VÖEST durchgeführt hätte“.⁵⁸

Dass Schöpf in seiner Doppelrolle als politischer Mandatar und Chef der WAG Auseinandersetzungen austrug bzw. auszutragen hatte, bei denen offenbar auch parteipolitische Motive eine Rolle spielten, ist evident. Im Jahr 1955 kam es zwischen ihm und dem „Tagblatt“, dem Organ der SPÖ, zu einem erbittert geführten Streit. Schöpf beschwerte sich darüber, dass ihm bzw. der WAG „der Vorwurf des Möbeldiebstahles und des Betruges“ gemacht werde.⁵⁹ Der Chefredakteur des Tagblattes Nikolaus Negrelli wiederum meinte, dass Mieter mit dem Verwaltungssystem der WAG unzufrieden seien „und in wiederholten Fällen als Genossen unsere Hilfe gegen Bundesrat Schöpf anriefen“. Negrelli schrieb an Bürgermeister Koref, „daß Bundesrat Schöpf Dich wiederholt belog und irreführte“.⁶⁰ In dieser Sache ergriff auch der sozialistische Nationalratsabgeordnete Edmund Aigner, der spätere Linzer Bürgermeister, für das Tagblatt und gegen Schöpf Partei.⁶¹ Koref, der in diesem Streit vermitteln wollte, musste schließlich seine Mission wegen der verhärteten Fronten als beendet ansehen.⁶² Wie Streitbar Albert Schöpf als Leiter der WAG bei Meinungsdivergenzen auftreten konnte, zeigte sich auch in seiner öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzung wegen des Verkaufs und des Abtransports von Möbeln der WAG mit dem Linzer Polizeidirektor Franz Rupertsberger, die nur auf höchster Ebene in einem Gespräch mit Landeshauptmann Gleißner, Landeshauptmannstellvertreter Bernaschek, Rupertsberger und Schöpf kalmiert werden konnte.⁶³

⁵⁷ AStL, Akten Bürgermeister Ernst Koref, Sch. 399, WAG, Koref an Schöpf, 18.2.1954.

⁵⁸ Ebenda, WAG, Schöpf an Koref, 22.2.1954.

⁵⁹ Ebenda, Schöpf an Koref, 31.8.1955.

⁶⁰ Ebenda, Negrelli an Koref, 23.12.1955.

⁶¹ Ebenda, Schöpf an Koref, 31.8.1955.

⁶² Ebenda, Koref an Schöpf, 8.9.1955.

⁶³ Ebenda, Schöpf an Koref, 31.8.1955.

Erst mit der Übertragung des Deutschen Eigentums auf die Republik Österreich im Jahr 1955 konnte die WAG schließlich auf rechtlich sicheren Boden gestellt werden. Die Neugründung der „Wohnungsaktiengesellschaft Linz“, die sich im hundertprozentigen Eigentum des Bundes befand, im Dezember 1955 war die Folge. Am Ende der öffentlichen Verwaltung konnte Schöpf zufrieden Bilanz ziehen, dass das Vermögen der WAG nicht nur erhalten, sondern noch wesentlich vermehrt werden konnte.⁶⁴ Mit 1. Dezember 1956 wurde Albert Schöpf zum alleinigen Vorstand der Wohnungsaktiengesellschaft Linz (WAG) bestellt.⁶⁵ Mit Ende des Jahres 1976 – im Alter von 70 Jahren – beendete er seine Vorstandstätigkeit bei der WAG.⁶⁶ Zu diesem Zeitpunkt war das Unternehmen die größte Wohnungsgesellschaft Österreichs, die über 18.000 Wohnungen in 20 Gemeinden und fünf Bundesländern verfügte.⁶⁷

Das Verhältnis der Stadt Linz zur WAG im Allgemeinen und zu deren Leiter im Speziellen dürfte prinzipiell ein gutes gewesen sein. So konstatierte der sozialdemokratische Bürgermeister Theodor Grill im Dezember 1968, dass die WAG „den ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit mit der Stadt bei der vorrangigen Arbeit zur Linderung der Wohnungsnot in Linz“ stets unter Beweis gestellt habe. Grill machte Schöpf noch ein besonderes Kompliment: „Ich habe selten einen Menschen gefunden, bei dem sich Tüchtigkeit und Ehrlichkeit so harmonisch ergänzen.“⁶⁸

Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft wurde Albert Schöpf auch zum Vorsitzenden des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen gewählt.⁶⁹

Landesparteiobmann der ÖVP

Kurz nach der Befreiung der Stadt Linz durch US-Truppen bemühte sich eine sozialdemokratische Delegation um die Bestellung einer Linzer Stadtregierung sowie einer oberösterreichischen Landesregierung. Während die Einsetzung einer Stadtregierung unter dem Sozialdemokraten Ernst Koref relativ schnell realisiert werden konnte und auch dauerhaften Bestand hatte, sah dies auf Landesebene anders aus. Der Versuch, eine Landesregierung unter dem Sozialdemokraten Alois Oberhummer als Landeshauptmann und dem Christlichsozialen Josef Zehetner als Landeshauptmannstellvertreter zu bilden, gelang nur für wenige Tage und

⁶⁴ 25 Jahre WAG, 31, 35, 47, 61, 63 und 131.

⁶⁵ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Artikel „25 Jahre für die WAG: Dr. Albert Schöpf“.

⁶⁶ Ebenda, Daheim bei der WAG, Nr. 27 (1977), 345.

⁶⁷ Ebenda, Tagblatt, 30.4.1976, 4.

⁶⁸ AStL, Akten Bürgermeister Theodor Grill, Sch. 68, Albert Schöpf, Grill an Schöpf, 21.12.1968.

⁶⁹ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Linzer Rundschau, 23.3.1978, 17.

scheiterte wohl daran, dass eine Führung durch die Sozialdemokratie nicht als mit den realen politischen Kräfteverhältnissen im Land in Einklang angesehen wurde. Jedenfalls war als Mitglied für diese erste politische Landesregierung auch Albert Schöpf als einer der Vertreter der christlichsozialen Gruppe vorgesehen gewesen.⁷⁰ In den weiteren Landesregierungen – in der von der US-Militärregierung installierten so genannten Beamtenregierung unter Adolf Eigl sowie in den folgenden Regierungen unter Heinrich Gleißner – war Schöpf nicht vertreten.

Im Mai 1945 trafen sich Vertreter der ehemaligen Christlichsozialen Partei sowie frühere Funktionäre der Vaterländischen Front in Oberösterreich, um die Landesorganisation einer neuen politischen Partei zu gründen, die bald den Namen „Österreichische Volkspartei“ tragen sollte. Albert Schöpf war in dieser Gründungsphase schon mit dabei und gehörte auch dem ersten Parteivorstand an. Generell war dies – wie es Harry Slapnicka formulierte – die Stunde der „jungen Männer“ gewesen, die zwischen 39 Jahren (Alfred Maleta, Albert Schöpf) und knapp über 50 Jahren (Heinrich Gleißner, Felix Kern) alt waren.⁷¹ In der Linzer ÖVP wurde Schöpf im November 1945 zum stellvertretenden Obmann ernannt.⁷² Schöpf zählte zwar zu den Gründungsvätern der oberösterreichischen Volkspartei, war aber in der Folge als Mandatar weder im Linzer Gemeinderat noch im Landtag vertreten.

Beim zweiten Landesparteitag der Österreichischen Volkspartei löste Albert Schöpf Ende November 1947 Bundesrat Dr. Stampfl als Landesparteiobmann ab.⁷³ Er war damit nach Josef Zehetner und Josef Stampfl bereits der dritte Parteiobmann der ÖVP Oberösterreich.⁷⁴

Trotz seiner neuen politischen Funktion dürfte Schöpf – neben dem populären Landeshauptmann Heinrich Gleißner – nur eine Nebenrolle in der Partei gespielt haben. Schöpfs Schwerpunkte in der Parteiarbeit lagen wohl primär im organisatorischen Bereich.⁷⁵ Der Bauernvertreter Johann Blöchl, der auch Staatsbeauftragter für das Mühlviertel gewesen war, charakterisierte in der Retrospektive den Parteiobmann wie folgt: „Dieser war ein trockener Vorarlberger, der keinen Oberösterreicher für unsere politische Idee begeistern konnte, so ehrenwert er persönlich war.“⁷⁶ Dazu mag beigetragen haben, dass Albert Schöpf – wenig, aber doch – ein vorarlbergisch gefärbtes Deutsch sprach.⁷⁷ Zwischen Gleißner und Schöpf dürfte ein

⁷⁰ Slapnicka, Zweigeteiltes Land, 122; Sandgruber, ÖVP in Oberösterreich, 406 f.

⁷¹ Slapnicka, Zweigeteiltes Land, 130–132.

⁷² Sandgruber, Linzer ÖVP, 78.

⁷³ OÖN vom 2. Dezember 1947, 2.

⁷⁴ Vgl. Sandgruber, ÖVP in Oberösterreich, 420 f.

⁷⁵ AStL, Interview des Autors mit Traude Hauner-Schöpf, Christine Schöpf und Matthias Hauner, 9.6.2022.

⁷⁶ Blöchl, Lebenserinnerungen, 215; vgl. auch Sandgruber, Wiederaufbau, 89.

⁷⁷ AStL, Interview des Autors mit Traude Hauner-Schöpf, Christine Schöpf und Matthias Hauner, 9.6.2022.

durchaus distanziertes Verhältnis geherrscht haben: Der auf Außenwirksamkeit bedachte Landeshauptmann und der sachlich-nüchterne Albert Schöpf, dem jegliche „Show“ fremd war, fanden offenbar keinen besonders guten persönlichen Zugang zueinander.⁷⁸

Sehr populär scheint der Politiker Albert Schöpf tatsächlich nicht gewesen zu sein, wurde er doch im Juli 1948 in der Salzkammergut-Zeitung nur als „Landesparteiobmannstellvertreter“ titulierte.⁷⁹ Politisch trat Schöpf nicht besonders hervor: So übernahm er im Mai 1949 den Ehrenschatz bei einer Maifeier in Pettenbach (Bezirk Kirchdorf). In seiner Rede führte er aus, „dass nicht Parteiaufmärsche, sondern gerade die Pflege alten Volks- und Brauchtums unter dem Maibaum den Tag der Arbeit richtig feiern können“.⁸⁰

Innerhalb der Österreichischen Volkspartei dürfte Schöpf nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sein. Im März 1950 war von politischen Differenzen die Rede, die zwischen Schöpf und Alfred Maleta auf der einen Seite und Landeshauptmannstellvertreter Felix Kern auf der anderen Seite bestanden.⁸¹ Schöpf blieb bis Oktober 1951 Landesparteiobmann, ehe ihm dann die tatsächliche politische Nummer Eins der ÖVP im Land, Heinrich Gleißner, im Amt nachfolgte.⁸²

Mitglied des Bundesrates

Erst im Februar 1948 wurde dem ÖVP-Landesparteiobmann Albert Schöpf von seiner Partei ein politisches Mandat zuerkannt.⁸³ Der oberösterreichische Landtag wählte ihn am 18. Februar 1948 an Stelle des verstorbenen Josef Mayer zum Mitglied des Bundesrats. Schöpf wurde am 19. Februar 1948 im Bundesrat angelobt.⁸⁴ In der Folge war er Mitglied des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten sowie des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, zudem Ersatzmitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.⁸⁵ Wiederholt fungierte Schöpf als Berichterstatter für Gesetze, die im Nationalrat beschlos-

⁷⁸ AStL, Interview des Autors mit Traude Hauner-Schöpf, Christine Schöpf und Matthias Hauner, 9.6.2022.

⁷⁹ Salzkammergut-Zeitung vom 1. Juli 1948, 11.

⁸⁰ Linzer Volksblatt vom 11. Mai 1949, 4.

⁸¹ Neue Zeit vom 4. März 1950, 1.

⁸² Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 72 und 262; Salzkammergut-Zeitung vom 18. Oktober 1951, 1; Slapnicka, Zweigeteiltes Land, 133.

⁸³ Vgl. OÖN vom 18. Februar 1948, 2.

⁸⁴ Stenographische Protokolle Bundesrat, 19.2.1948, 471; https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00028/imfname_183019.pdf (11.5.2022).

⁸⁵ Stenographische Protokolle Bundesrat, 4.3.1948, 487, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00029/imfname_183020.pdf (11.5.2022).

sen worden waren und noch den Bundesrat zu passieren hatten: im Mai 1948 für das Vorläufige Abgabenrechtsmittelgesetz 1948, im Juni 1948 für das Bundesgesetz zur Sicherung des Geldbedarfs staatlicher Unternehmungen und für das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, im Dezember 1948 für das Gesetz betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Anleihen von Gebietskörperschaften sowie für das Gesetz betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Vorläufigen Abgabenrechtsmittelgesetzes, im Februar 1949 für das Sporttoto-Gesetz, im Juli 1949 über die Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ durch Absolventen höherer land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten.⁸⁶ Im November 1948 war er Berichterstatter für einen an das Innenministerium gerichteten Entschließungsantrag, an der grundsätzlichen Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden in Verwaltungsstrafverfahren festzuhalten.⁸⁷ Albert Schöpf hatte im Juni 1949 auch im Bundesrat als Berichterstatter zur Rückstellungsgesetzgebung zu referieren, und zwar zum Fünften Rückstellungsgesetz, das vor allem Gesellschaften betraf, sowie zur Verwaltergesetznovelle.⁸⁸

Wegen der Annahme eines Nationalratsmandates war Schöpf ab November 1949 im Bundesrat nicht mehr vertreten. Erst im Mai 1953 wurde er wieder Mitglied des Bundesrates.⁸⁹ Er wurde in den Unvereinbarkeitsausschuss, in den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, in den Finanzausschuss sowie in den Geschäftsordnungsausschuss berufen.⁹⁰ Er trat als Redner zu unterschiedlichen Gesetzesmaterien auf, etwa wegen des Familienlastenausgleichsgesetzes, des Allgemeinen Grundbuchgesetzes, des Energieanleihegesetzes sowie

⁸⁶ Stenographische Protokolle Bundesrat, 21.5.1948, 534, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00031/imfname_183022.pdf (13.5.2022); ebenda, 18.6.1948, 572, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00032/imfname_183027.pdf (18.5.2022); ebenda, 574, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00032/imfname_183027.pdf (18.5.2022); ebenda, 22.12.1948, 669, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00037/imfname_183032.pdf (18.5.2022); ebenda, 670, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00037/imfname_183032.pdf (18.5.2022); ebenda, 10.2.1949, 676, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00038/imfname_183033.pdf (18.5.2022); ebenda, 15.7.1949, 820, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00046/imfname_181944.pdf (18.5.2022).

⁸⁷ Stenographische Protokolle Bundesrat, 26.11.1948, 656, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00036/imfname_183031.pdf (18.5.2022).

⁸⁸ Stenographische Protokolle Bundesrat, 30.6.1949, 789, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00045/imfname_183040.pdf (18.5.2022); ebenda, 791, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00045/imfname_183040.pdf (18.5.2022).

⁸⁹ Stenographische Protokolle Bundesrat, 29.5.1953, 1799, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00084/imfname_181759.pdf (18.5.2022).

⁹⁰ Stenographische Protokolle Bundesrat, 16.7.1953, 1945, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00086/imfname_181761.pdf (18.5.2022); ebenda, 21.12.1954, 2278, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00098/imfname_181773.pdf (19.5.2022).

des Vergütungsgesetzes, das Entschädigungen für die vorübergehende, von den Besatzungsmächten verursachte Inanspruchnahme von Sachen jeder Art vorsah.⁹¹

Auch anlässlich der Debatte zur Vereinsgesetz-Novelle 1954 ergriff er das Wort: Auf den Vorwurf eines Redners des VdU, mit dieser Novelle würden die Grundrechte verletzt, entgegnete der ÖVP-Politiker Grundsätzliches: „Es ist doch so, meine Damen und Herren, daß nicht das Gesetz selbst allein die Gewähr dafür bietet, daß die Grundrechte der Staatsbürger geachtet werden, sondern daß das System, das in dem betreffenden Staat herrscht, die Garantie dafür geben muß.“⁹²

Im Dezember 1953 meldete sich Albert Schöpf anlässlich einer Debatte über ein Zollabkommen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zu Wort, in dem er als glühender Bekenner eines geeinten Europas auftrat: „Wir haben mit Befriedigung von der Montan-Union gehört. Wir stellen fest, daß sie sich festigt, und wir hätten nur alle den dringenden Wunsch, daß diese Entwicklung noch viel rascher vor sich ginge und wir möglichst bald zu einer europäischen Einheit zumindest in wirtschaftlichen Fragen und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kämen, wenn sich auch die politische Einheit noch weiter entfernt am Horizont abzeichnet.“ In seiner Wortmeldung sah er auch die Notwendigkeit, sich Gedanken für den Fall der wirtschaftlichen Union in Europa zu machen: „Es wird also nicht nur Aufgabe der Produzenten, der Unternehmer, sondern Aufgabe auch der Arbeitnehmer sein, sich Gedanken darüber zu machen, was sein wird, wenn diese Zollschränken einmal gefallen sind und die ganze europäische Wirtschaft eine Einheit bildet, die eine Vereinheitlichung der Voraussetzungen fordert, die für eine solche Wirtschaftseinheit notwendig sind.“ Ein Vergleich mit anderen europäischen Staaten stelle Österreich – so Schöpf – kein gutes Zeugnis aus: Obwohl an der gegenwärtigen Produktion um 600.000 Beschäftigte mehr als im Jahr 1937 beteiligt seien, erreiche Österreich nur ungefähr 100 Prozent der damaligen Produktionsleistung. Andere Länder wie Schweden und Irland würden weit besser liegen. In diesem Zusammenhang berichtete Schöpf den Mitgliedern des Bundesrates auch von Eindrücken bei einer Betriebsbesichtigung in einem großen österreichischen Unternehmen: Eine große Gruppe von Arbeitern

⁹¹ Stenographische Protokolle Bundesrat, 21.12.1954, 2266, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00098/imfname_181773.pdf (19.5.2022); ebenda, 4.2.1955, 2281 f., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00099/imfname_181774.pdf (20.5.2022); ebenda, 1.3.1955, 2298, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00100/imfname_181775.pdf (20.5.2022); ebenda, 6.4.1955, 2319–2321, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00101/imfname_181208.pdf (20.5.2022).

⁹² Stenographische Protokolle Bundesrat, 29.6.1954, 2098 f., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00093/imfname_181768.pdf (19.5.2022).

sei untätig herumgestanden. Ihm wurde erklärt, dass die Arbeiter nicht weiterarbeiten würden, weil sie zwar ihre festgesetzte Leistung erbracht hätten und für eine Mehrarbeit nicht bezahlt würden, aber auf ihre Ablöse warten müssten. Schöpf führte diese Episode als Beispiel dafür an, dass es „solche unvernünftige Zustände“ nicht mehr geben dürfe, wenn Österreich genötigt sei, „gegen die Konkurrenz von besser organisierten Wirtschaften zu bestehen“.⁹³ Auch in einer Debatte über das Fremdenpolizeigesetz gab sich Schöpf als überzeugter Europäer: „So ist also heute der Begriff ‚Fremdling‘ für uns ein harmloser Begriff geworden. Wenn sich trotzdem die Gesetzgebung mit ihm befaßt und, wie ich glaube, auch befassen muß, so rührt das davon her, daß in einer Zeit, in der wir eben noch nicht die große Gemeinschaft der europäischen Völker unser eigen nennen, die es uns möglich machen würde, hier ebenso daheim zu sein wie in der Normandie oder sonst irgendwo über Tausende von Kilometern entfernt, die Notwendigkeit besteht, jene Rechtsverhältnisse zu regeln, die geregelt werden müssen, wenn sich jemand außerhalb seines eigenen Heimatstaates aufhält.“⁹⁴

In einer Debatte über die österreichische Landesverteidigung im Juni 1955 wandte sich Schöpf gegen jeden Versuch, die Aufstellung eines Bundesheeres zu hintertreiben: Er sehe es mit Sorge, „daß ein nennenswerter Teil der jungen Menschen dieses Staatsbewußtsein nicht besitzt, nicht nur das Staatsbewußtsein, sondern auch das Pflichtbewußtsein nicht in dem erforderlichen Ausmaß besitzt, das das Zusammenleben der Menschen gedeihlich gestaltet. [...] Diese Einstellung ist das Gegenteil vom Wehrwillen. Daher, glaube ich, ist es wichtig, daß die Voraussetzung für den notwendigen Wehrwillen bei der Erziehung der Jugend geschaffen wird.“⁹⁵

Interessant ist auch eine Wortmeldung Schöpfs zur Frage der Enteignung für die Zwecke verstaatlichter Betriebe. Zwar betonte er die verfassungsmäßige Garantie für die Freiheit der Person und die Sicherheit des Eigentums, meinte aber, dass „in der modernen Zeit“ immer häufiger Gemeinwohl vor Eigennutz gesetzt werden müsse, „wo allgemeine Interessen zwingend Eingriffe in die Rechte des einzelnen, auch in das Eigentumsrecht des einzelnen erfordern“. Dies gelte etwa für die Enteignung zugunsten des Eisenbahnbaues und der Elektrizitätswirtschaft, aber auch „in neuerer Zeit“ für „die gesetzlich fundierte Möglichkeit, im Inter-

⁹³ Stenographische Protokolle Bundesrat, 11.12.1953, 1959 f., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00087/imfname_181762.pdf (19.5.2022).

⁹⁴ Stenographische Protokolle Bundesrat, 19.3.1954, 2053 f., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00090/imfname_181765.pdf (19.5.2022).

⁹⁵ Stenographische Protokolle Bundesrat, 23.6.1955, 2422, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00105/imfname_181212.pdf (20.5.2022).

esse des Wohnungsbaues und des Straßenbaues zu enteignen“.⁹⁶ Mit den Worten sprach der Politiker Schöpf auch im Interesse des WAG-Direktors Schöpf, der ja in dieser Funktion mit zahlreichen Rückstellungsverfahren konfrontiert war. Wohl ebenso im Interesse der gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen lag eine Wortmeldung Schöpfs anlässlich der Debatte über eine Entschließung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten betreffend das Mietengesetz. Schöpf benützte seinen Debattenbeitrag für einen Appell, „das dornenvolle Gebiet der Wohnungswirtschaft in Österreich zu ordnen“. Er vertrat die Meinung, man solle nicht – wie eigentlich festgelegt –, die gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen dazu verhalten, die Nachweise über Betriebskostenabrechnungen in jedem einzelnen Haus aufzulegen, sondern es solle ausreichen, „wenn bei der zuständigen Zentralstelle oder bei der Einzahlungsstelle für Mieten die Möglichkeit geboten ist, in die Betriebskostenabrechnung Einsicht zu nehmen“. Dieser Meinung Schöpfs schloss sich allerdings die Mehrheit des Bundesrates nicht an.⁹⁷ Albert Schöpf legte sein Bundesratsmandat mit Wirkung vom 2. März 1956 zurück.⁹⁸

Abgeordneter des Nationalrates

Nach der Nationalratswahl des Jahres 1949 errang Albert Schöpf ein Mandat und fungierte damit zwischen November 1949 und März 1953 – und damit zur selben Zeit wie Ernst Koref – als Abgeordneter des Nationalrats.⁹⁹ Er wurde Mitglied des Rechnungshofausschusses sowie Ersatzmitglied für den Handelsausschuss.¹⁰⁰ Im Plenum des Nationalrates meldete er sich einige Male zu Wort, etwa zur Ergänzung des Vereinsgesetzes.¹⁰¹

Im Namen des Rechnungshofausschusses stellte Schöpf im März 1951 im Nationalrat auf Grund eines kritischen Rechnungshofberichts über die Verwendung amerikanischer Kreditgelder einen Antrag. Das Finanzministerium wurde aufgefordert, „unverzüglich die Staatsan-

⁹⁶ Stenographische Protokolle Bundesrat, 13.7.1954, 2166 f., https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00095/imfname_181770.pdf (19.5.2022).

⁹⁷ Stenographische Protokolle Bundesrat, 13.12.1955, 2588, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00111/imfname_181218.pdf (20.5.2022).

⁹⁸ Stenographische Protokolle Bundesrat, 7.3.1956, 2646, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00114/imfname_181221.pdf (20.5.2022).

⁹⁹ Stenographische Protokolle Nationalrat, 8.11.1949, 2, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00001/imfname_159319.pdf (10.5.2022).

¹⁰⁰ Stenographische Protokolle Nationalrat, 23.11.1949, 68, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00003/imfname_159321.pdf (11.5.2022).

¹⁰¹ Stenographische Protokolle Nationalrat, 12.7.1950, 1007, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00029/imfname_159368.pdf (11.5.2022).

waltschaft zu ersuchen, festzustellen, ob im Verhalten der im Bericht des Rechnungshofes erwähnten Personen ein strafrechtlicher Tatbestand vorliege, der ihre Verfolgung möglich macht“.¹⁰²

Im Juni 1951 benützte er die Diskussion über den Bericht des Rechnungshofes zu einem kritischen Statement über den aktuellen Zustand der öffentlichen Verwaltung: „Wir erinnern uns an eine Zeit, in der die staatliche Verwaltung ausgefeilter, ruhiger, geölter gelaufen ist, in der es ein Ehrentitel eines Menschen war, österreichischer Beamter zu sein, weil man wußte: In Österreich ist niemand in der staatlichen Verwaltung tätig, der nicht fähig und sauber bis zum letzten ist. Daß es heute noch nicht so weit ist, das rührt nicht allein von uns her; unsere Aufgabe und unsere Pflicht muß es aber sein, alles daranzusetzen, im Interesse von Volk und Staat baldmöglichst wieder diesen ehemaligen wünschenswerten Zustand zu erzielen.“¹⁰³

Im September 1951 meldete er sich bei der Diskussion über ein neues Mietengesetz zu Wort. Dabei ging er in seiner Rede besonders auf das Problem der Wohnungsbeschaffung ein. In diesem Zusammenhang sprach er von 200.000 Wohnungssuchenden in Österreich. Es gebe derzeit drei verschiedene Kategorien von Mietern und Mieterinnen: Jene Begünstigten, die in Häusern wohnen, die vor 1917 gebaut wurden; jene, die in neueren Häusern wohnen und die Mieten ohne irgendeine Beschränkung zahlen müssen; und schließlich jene, die in Wohnungen nach dem Selbstkostendeckungsprinzip aufgebaut sind, wie sie von den gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen angeboten würden. Diese Ungleichheit würde ein Unrecht erzeugen, das noch verstärkt werde durch die Tatsache, dass in den Verhandlungen über Löhne und Preise der Aufwand für das Wohnen keine Berücksichtigung finde. Im Zuge der mitunter hitzig geführten Debatte unterstellte Schöpf Angehörigen der KPÖ, „das Jahr 1945 zur Hebung der eigenen Wohnkultur ausgenützt [zu] haben“. Auf den Zwischenruf des Abgeordneten Honner: „Nehmen Sie Maß an den eigenen Schuhen!“ entgegnete Schöpf: „Ich gehöre nicht zu den Wohnungsarisierern!“ Schöpf erwartete sich jedenfalls von der neuen Mietenregelung einen großen Impuls für die Wohnbauwirtschaft.“¹⁰⁴

¹⁰² Stenographische Protokolle Nationalrat, 7.3.1951, 1849, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00049/imfname_159431.pdf, Download, 11.5.2022.

¹⁰³ Stenographische Protokolle Nationalrat, 6.6.1951, 1954, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00054/imfname_159522.pdf (11.5.2022).

¹⁰⁴ Stenographische Protokolle Nationalrat, 21.9.1951, bes. 2270 f. und 2274, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00063/imfname_159629.pdf (11.5.2022).

Im Dezember 1951 stellte er als Berichterstatter des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, ein Bundesgebäude an der Linzer Harrachstraße, in dem schon Landesbaudienststellen untergebracht waren, an das Land Oberösterreich zu verkaufen.¹⁰⁵ Im Mai 1952 äußerte er sich anlässlich eines Rechnungshofberichtes kritisch zur Produktivität in der Verstaatlichten Industrie. Der Betrieb des Erzbergs sei in den letzten Jahren modernisiert worden und trotzdem sei der „Arbeitserfolg am fast vollmechanisierten Erzberg heute nicht besser als ehemals, als der Betrieb noch mit völlig veralteten Methoden und Einrichtungen geführt wurde“.¹⁰⁶ Ebenfalls im Mai 1952 fungierte er als Berichterstatter des Finanz- und Budgetausschusses wegen der Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer.¹⁰⁷

Obmann des Landesverbandes der Turn- und Sportunion

Albert Schöpf galt in der ÖVP als Mann „aus der Sportbewegung, der er seit Kindesbeinen angehört“.¹⁰⁸ Im Mai 1946 wurde er beim ordentlichen Landesverbandstag in Linz zum Obmann des Landesverbandes der Turn- und Sportunion gewählt.¹⁰⁹ Die Sportorganisation stellte für den Wiederaufbau eine wichtige Komponente dar. Schöpfs sozialistisches Pendant als Obmann der ASKÖ in Oberösterreich war der Linzer Vizebürgermeister Albin Gebhardt.¹¹⁰

Gegner der Benennung einer Langothstraße

Der letzte nationalsozialistische Oberbürgermeister, SS-Brigadeführer Franz Langoth, verfügte nach 1945 über das Image eines „guten Nazi“. Man rechnete ihm seine angeblichen Verdienste für die kampflose Übergabe der Stadt an die US-Armee im Mai 1945 ebenso positiv an wie sein Bemühen, den sozialdemokratischen Politiker Ernst Koref vor der Einlieferung in ein Konzentrationslager bewahrt zu haben. Seine – durchaus bekannte – Tätigkeit als Richter des NS-Volksgerichtshofes wurde dabei völlig ausgeblendet.¹¹¹

Insofern kann es nicht überraschen, dass das Gedenken, das die offiziellen Repräsentanten der Stadt Linz dem 1953 verstorbenen Langoth entgegenbrachten, ein durchaus positives war.

¹⁰⁵ Stenographische Protokolle Nationalrat, 15.12.1951, 3001, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00076/imfname_159638.pdf (11.5.2022).

¹⁰⁶ Stenographische Protokolle Nationalrat, 14.5.1952, 3428, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00089/imfname_159661.pdf (11.5.2022).

¹⁰⁷ Stenographische Protokolle Nationalrat, 27.5.1952, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00091/imfname_159663.pdf (11.5.2022).

¹⁰⁸ Linzer Volksblatt vom 24. September 1949, 3.

¹⁰⁹ Linzer Volksblatt vom 29. Mai 1946, 5.

¹¹⁰ Neue Zeit vom 31. Dezember 1947, 6. Zu Gebhardt siehe Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 140, sowie Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 116 und 118.

¹¹¹ Zu Langoth siehe zusammenfassend Schuster, Deutschnational, bes. 299–303.

Zwar stieß im Jahr 1954 ein erster Vorschlag des Linzer VdU, eine Straße nach dem ehemaligen Nationalsozialisten zu benennen, auf keine Unterstützung durch die anderen Parteien. Der Antrag der VdU-Nachfolgepartei FPÖ wurde hingegen 1967 von Bürgermeister Edmund Aigner dem Archiv zur Stellungnahme übermittelt. Nachdem die Prüfung des Vorschlags positiv verlaufen war, teilte Bürgermeister Aigner am 6. Juni 1967 FPÖ-Stadtrat Josef Punzert mit, einen entsprechenden Antrag im Stadtsenat vorlegen zu wollen. Der nur zwei Tage später eingebrachte Antrag für die Benennung einer neuen Verkehrsfläche in der Katastralgemeinde Kleinmünchen als „Langothstraße“ wurde jedoch kurzfristig von der Tagesordnung der Sitzung des Stadtsenates am 19. Juni 1967 genommen und zurückgestellt. Der Grund lag offenbar in der Ablehnung durch Albert Schöpf.¹¹²

Die Aktenlage zu diesem Vorgang ist relativ dürftig. Die Informationen über die Gegnerschaft zur Benennung datieren erst aus dem Oktober 1967. Im Volksblatt vom 10. Oktober stand die kurze Mitteilung, dass an die Umbenennung der Landwiedstraße in Langothstraße gedacht sei.¹¹³ Dabei handelte es sich offenkundig um eine Falschmeldung, hatte man doch nur die Benennung einer neuen Verkehrsfläche in der Nähe der Landwiedstraße vor. Schöpf nahm die Zeitungsnotiz zum Anlass, bei Kulturverwaltungsdirektor Hanns Kreczi, der seinerzeit Sekretär des Oberbürgermeisters Langoth gewesen war, gegen die geplante Benennung zu protestieren: „Er stehe als Leiter der WAG auf dem Standpunkt, daß die alten Ortsbezeichnungen unbedingt erhalten bleiben müssen und auch neue Straßen nicht nach Politikern zu benennen wären.“¹¹⁴

Der vehemente Protest Schöpfs gegen die Benennung erscheint seltsam. Tatsächlich ist zu vermuten, dass seine Gegnerschaft zu einer Langothstraße tiefergehende Gründe hatte. Er war sicherlich über die politische Tätigkeit Langoths für die Nationalsozialisten vor und während der NS-Zeit eingehend informiert. Außerdem war im Jahr 1947 in seiner Eigenschaft als leitender Magistratsbeamter ein Akt über seinen Schreibtisch gegangen, der Langoth in einem schlechten Licht erscheinen hatte lassen: Eine seinerzeit vom NS-Volksgeschichtshof unter Beteiligung des Richters Langoth zu sechs Jahren Haft verurteilte Linzerin hatte in der Haft schwere gesundheitliche Schäden erlitten und sich nach 1945 deshalb an die Stadt Linz gewandt.¹¹⁵

Der betreffende Volksgeschichtshofprozess hatte am 25. September 1944 in Linz stattgefunden. Angeklagt waren ein Mann aus Ried im Innkreis und sieben Frauen aus Linz, die vom

¹¹² AStL, Straßenbenennungen, Langothstraße, Amtsbericht, 8.6.1967; Schuster, Deutschnational, 269 f.

¹¹³ Linzer Volksblatt vom 10. Oktober 1967, 5.

¹¹⁴ AStL, Straßenbenennungen, Langothstraße, Aktenvermerk Kreczi, 12.10.1967. Zu Hanns Kreczi siehe Schuster, Eliten, 79–81.

¹¹⁵ Vgl. Schuster, Deutschnational, 270.

3. Senat des Volksgerichtshofes wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt wurden. Laut Urteilschrift hatten sie in den Jahren 1941 und 1943 „zwei als Weissagungen getarnte Schmähschriften, die Verunglimpfungen des Führers und seiner Politik enthielten und den militärischen Zusammenbruch des Reiches voraussagten, verbreitet“. Die fünf Richter des Volksgerichtshofes, darunter der Linzer Oberbürgermeister Franz Langoth, sahen die angeblichen Prophezeiungen der heiligen Odilia und der Gräfin Cilante offenbar als so bedrohlich für die NS-Herrschaft an, dass sie zwei der Angeklagten zum Tode und fünf weitere zu Zuchthausstrafen zwischen zwei und sechs Jahren verurteilten. Ein 17-jähriges Lehmädchen erhielt vier Wochen „Jugenddauerarrest“ als Strafe. Die beiden Todesurteile gegen Camilla Estermann und Franz Heger wurden am 21. November 1944 im Landesgericht Wien vollstreckt.¹¹⁶

Albert Schöpf sandte im Jahr 1947 als Leiter des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten des Magistrates Linz eine Stellungnahme an die Fürsorgeabteilung des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung. Er setzte sich für eine Entschädigung für die im Volksgerichtshofprozess zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Maria Zischka ein, bei der eine schwere Gesundheitsschädigung durch die Haft eingetreten war. Schöpf bestätigte auch, dass die Verbreitung der gegen das NS-Regime gerichteten Prophezeiungen zweifelsohne „in propagandistischer Absicht“ unter Einsatz der Freiheit und des Lebens erfolgt sei.¹¹⁷ 1949 argumentierte Schöpf gegenüber der Fürsorgeabteilung des Landes, dass in diesem Fall – wegen der Höhe der Strafe – zweifellos eine politische Verfolgung vorliege.¹¹⁸

Es ist wohl anzunehmen, dass Albert Schöpf, der als Mitglied in mehreren betont katholischen Organisationen tätig gewesen war, sich um diesen Fall deshalb besonders kümmerte, weil es sich dabei um besonders brutale Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen eine Personengruppe gehandelt hatte, die aus katholisch-religiösen Motiven heraus gewaltlos gegen das NS-Regime Widerstand geleistet hatte. Dass er – um die Langothstraße zu verhindern – formal andere Begründungen vorschob, mag strategischen bzw. taktischen Gründen geschuldet gewesen sein.

Albert Schöpf gelang es jedenfalls mit seiner Argumentation, die Benennung einer Straße nach Franz Langoth vorerst abzuwenden: Die für die Namensgebung vorgesehene Verkehrs-

¹¹⁶ DÖW, Nr. 14.545, Urteilsabschrift Volksgerichtshof, 27.9.1944; Schuster, Deutschnational, 154–156.

¹¹⁷ OÖLA, Sozialabteilung, FOF 1177/53 bzw. 2185/47, Opferfürsorgeakt Maria Zischka, Schöpf an öö. Landesregierung, 22.8.1947.

¹¹⁸ OÖLA, Sozialabteilung, FOF 1177/53, Opferfürsorgeakt Maria Zischka, Schöpf an öö. Landesregierung, 20.5.1949.

fläche erhielt im Jänner 1968 die Bezeichnung „Hörzingerstraße“ nach einem in der Nähe gelegenen Bauernhof.¹¹⁹ Die Benennung einer Langothstraße erfolgte erst im Jahr 1973, als sich der Magistratsbeamte Schöpf schon im Ruhestand befand.¹²⁰ Wäre man bei der Stadt Linz dauerhaft der Ansicht Schöpfs in dieser Sache gefolgt, hätte man sich die Diskussionen und die Aufregungen erspart, die sich wegen der – letztendlich als notwendig erkannten – Umbenennung der Langothstraße im Jahr 1986 ereigneten.¹²¹

Problematische Aspekte

Ostmärkische Sturmsharen

Die – aus christlichsozialer Sicht – politische Unzuverlässigkeit der Heimwehr beförderte Ideen innerhalb der Christlichsozialen Partei, eine eigene Wehrformation zu begründen. Im Jahr 1930 kam es in Tirol zur Gründung der „Ostmärkischen Sturmsharen“, denen als Bundesführer Kurt Schuschnigg vorstand.¹²² Ideologisch waren die Sturmsharen von Beginn an nicht der parlamentarischen Demokratie verpflichtet, sondern einer vom Mittelalter hergeleiteten „Ständeordnung“.¹²³ Nach der Ausschaltung des Parlaments unterstützten die Sturmsharen den autoritären Kurs von Bundeskanzler Dollfuß.¹²⁴ Johannes Thaler charakterisiert die Ostmärkischen Sturmsharen als Versuch, „eine katholisch-österreichische Spielart des Faschismus zu begründen“.¹²⁵

Schuschnigg selbst sah in SS und SA das Vorbild für die Sturmsharen, die auch als Saalschutz für christlichsoziale und vaterländische Veranstaltungen dienen sollten.¹²⁶ Von Beginn an wurde körperliches Training als maßgeblich für die Ausbildung der Sturmshärler angesehen, was eine Kooperation mit den christlich-deutschen Turnern nach sich zog.¹²⁷

In Oberösterreich wurden die Formationen der Ostmärkischen Sturmsharen relativ spät gebildet, waren doch die demokratisch eingestellten Christlichsozialen unter Landeshauptmann Schlegel ebenso gegen sie eingestellt wie Bischof Johannes Gföllner.¹²⁸ Auch später er-

¹¹⁹ AStL, Straßenbenennungen, Langothstraße, Amtsbericht Hörzingerstraße, 23.1.1968.

¹²⁰ Schuster, Deutschnational, 271.

¹²¹ Vgl. Schuster, Deutschnational, 280–289.

¹²² Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 74–77.

¹²³ Ebenda, 117 und 475.

¹²⁴ Ebenda, 119, 121 und 145 f.

¹²⁵ Thaler, Ostmärkische Sturmsharen, 334.

¹²⁶ Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 83 und 86.

¹²⁷ Ebenda, 124.

¹²⁸ Ebenda, 138 und 158 f.

langten die Ostmärkischen Sturmsharen nicht jene Bedeutung, die sie in anderen Bundesländern erzielt hatten.¹²⁹ Auch während der Kämpfe im Februar 1934 blieben die Sturmshärler ohne Bedeutung.¹³⁰

Albert Schöpf war offensichtlich nicht unter den ersten Angehörigen der Ostmärkischen Sturmsharen in Oberösterreich. Er selbst gab im März 1934 an, Mitglied des „Turnerschutzkorps“ der Christlich-deutschen Turnerschaft zu sein. In dieser Eigenschaft sei er auch „in den Unruhetagen vom 12. bis 18. Februar in Linz im Dienst gestanden“ und habe auch „an Aktionen teilgenommen“. Seine Ausführungen wurden im April 1934 von seinem Kompaniekommandanten Wilhelm Bock, dem späteren Bürgermeister, bestätigt: Schöpf sei im September 1933 zum Freiwilligen Schutzkorps ausgemustert worden. In den Tagen der „Februar-Revolution“ sei er zur Dienstleistung einberufen worden und sei „aktiv kämpfend im Feuer“ gestanden.¹³¹ Im Februar 1935 wurde Albert Schöpf, Angehöriger des Freiwilligen Schutzkorps, von Bundespräsident Wilhelm Miklas die Österreichische Silberne Verdienstmedaille verliehen.¹³²

Nach den Februarkämpfen 1934 machte die Organisation der Ostmärkischen Sturmsharen in Oberösterreich große Fortschritte.¹³³ Im März 1934 wurde Albert Schöpf in der neu aufgestellten Landesführung der Sturmsharen zum Landesführer-Stellvertreter und Landesorganisationsleiter ernannt.¹³⁴ Im Juni desselben Jahres wurden der zuvor provisorisch bestellte Landesführer Kurt von Mras und der ebenfalls provisorisch eingesetzte „politische Landesleiter“ Albert Schöpf vom Reichsführer der Ostmärkischen Sturmsharen, Kurt Schuschnigg, definitiv in ihren Funktionen ernannt.¹³⁵ Im Oktober 1934 erhielten Mras und Schöpf von Schuschnigg das Goldene Verdienstzeichen der Sturmsharen verliehen. Ihrer „aufopfernder Tätigkeit und Umsicht“ sei „die rasche Ausbreitung der Sturmsharabewegung in Oberösterreich vor allem zu verdanken“.¹³⁶

In der Folge trat Landesleiter Schöpf auch als Redner in Erscheinung: Im März 1934 erklärte er die Aufgaben der Ostmärkischen Sturmsharen: Sie sollen die „Stütze der Regierung“ sein, „um Oesterreich als katholischen Ständestaat für die späteren Generationen zu sichern“.¹³⁷

¹²⁹ Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 157.

¹³⁰ Ebenda, 163 und 248.

¹³¹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Schöpf an Magistrat, eingelangt 27.3.1934, sowie Bestätigung von Wilhelm Bock, 9.4.1934.

¹³² Privatarchiv Dr.ⁱⁿ Traude Hauner-Schöpf, Urkunde Präsidentschaftskanzlei, 14.2.1935.

¹³³ Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 270.

¹³⁴ Neues Wiener Journal vom 7. März 1934, 9; OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Niederschrift Sitzung Staatskommissar, 26.8.1938.

¹³⁵ Salzkammergut-Zeitung vom 14. Juni 1934, 22.

¹³⁶ Salzkammergut-Zeitung vom 18. Oktober 1934, 18.

¹³⁷ Mühlviertler Nachrichten vom 16. März 1934, 11.

Hinsichtlich der Propagierung einer kaisertreuen Gesinnung dürfte Schöpf zurückhaltender als Landesführer Mras gewesen sein.¹³⁸

Schöpf verfügte über beste politische Verbindungen: Im Dezember 1934 setzte sich kein Geringerer als Bundeskanzler Kurt Schuschnigg beim Linzer Bürgermeister Wilhelm Bock für den Magistratsbediensteten Albert Schöpf ein: „Für jede Unterstützung des Dr. Schöpf [...] wäre ich Dir besonders verbunden.“¹³⁹ Da Schöpf bei seiner Aufnahme in den städtischen Dienst als Vertragsangestellter ein bestimmtes Mindestgehalt zugesagt worden war, verfügte Bürgermeister Bock, dass Schöpf auch nach seiner Pragmatisierung eine dementsprechende Zulage erhielt.¹⁴⁰ Die Interventionen für den Magistratsbeamten Schöpf gingen allerdings noch weiter: Landeshauptmann Gleißner wandte sich Ende Juli 1935 an Bürgermeister Bock mit dem Wunsch, eine Höherreihung Schöpfs vorzunehmen, indem „die bisherige Dienstleistung beim Volksverein irgendwie berücksichtigt werden müsste“.¹⁴¹

Die Eheschließung von Albert Schöpf mit Barbara Silber im Februar 1936 in der Pfarrkirche Urfahr gestaltete sich zu einem politischen Ereignis: Kein Geringerer als Bürgermeister Wilhelm Bock fungierte als Trauzeuge. Starke Abordnungen des christlich-deutschen Turnvereins Linz, der Ostmärkischen Sturmscharen und von Jung-Vaterland, der Jugendorganisation des Ständestaates, waren vertreten.¹⁴²

Im April 1936 erfolgte ein weiterer Karrieresprung für Schöpf: Der bisherige politische Landesleiter wurde zum Landesführer der Ostmärkischen Sturmscharen in Oberösterreich ernannt.¹⁴³ Zu diesem Zeitpunkt wurden die Sturmscharen in Österreich von einer militärischen Formation zu einer „kulturpolitischen Bewegung“ umgeformt.¹⁴⁴ Was man konkret darunter verstand, lässt sich aus den Schulungsunterlagen der oberösterreichischen Sturmscharen entnehmen: „Endziel der Jugendsportbetätigung muss es sein, die Wehrhaftmachung unserer jungen Kameraden als Vorbedingung der Wehrausbildung zu schaffen. So durchtrainiert wird unsere Jugend im Bundesheer ein leichteres Fortkommen haben, sie wird rasch zu Chargen avancieren und als solche unserem Gedanken in sonst abseitsstehenden Kreisen Eingang ver-

¹³⁸ Reich, Ostmärkische Sturmscharen, 386.

¹³⁹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Schuschnigg an Böck, 7.12.1934.

¹⁴⁰ Ebenda, Aktenvermerk und Antrag, 14.6.1935.

¹⁴¹ Ebenda, Gleißner an Bock, 31.7.1935.

¹⁴² Mühlviertler Nachrichten vom 14. Februar 1936, 8. Zu „Jung-Vaterland“ siehe Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 174.

¹⁴³ Salzburger Volksblatt vom 15. April 1936, 6.

¹⁴⁴ Vgl. Landesschulungsreferat der Ostmärkischen Sturmscharen Oberösterreichs, Schulungsblätter, Nr. 1, 20.6.1936, 1. Ich danke Univ.-Prof. Dr. Michael John für die Überlassung einer Kopie dieser Nummer der Schulungsblätter.

schaffen.“ Diese turnerisch-sportliche Betätigung sollte nicht innerhalb der Sturmcharen-Organisation stattfinden, sondern im Rahmen der christlich-deutschen Turnerschaft.¹⁴⁵ Der Wehrsport im engeren Sinn, der auch Schießübungen beinhaltete, sollte durch den Eintritt der Sturmcharenangehörigen in die „Frontmiliz“, der paramilitärischen Formation der Vaterländischen Front, abgedeckt werden.¹⁴⁶

Antisemitismus zählte zum festen Bestandteil der Inhalte, die von den Ostmärkischen Sturmcharen vertreten wurden.¹⁴⁷ Auch die Schulungsunterlagen der Ostmärkischen Sturmcharen in Oberösterreich enthielten antisemitisches Gedankengut: Etwa, wenn man einen Hauptpunkt im Kampf gegen den „Judengeist“ sah, der sich im Ideengut des Materialismus, Marxismus und Liberalismus offenbare. Die „Lösung der Judenfrage“ stellte man sich vor allem in einer „Bevorzugung der einheimischen bodenständigen, durch Generationen im österreichischen Heimatboden verwurzelten Menschen“ vor. Für Michael John präsentierte sich die zunehmende rassistische Tendenz der Sturmcharen auch in der Einstellung zum „Taufscheinchristentum“: „Es muss zum unerschütterlichen Grundsatz werden, dass weder der Uebertritt zum katholischen Glauben, noch die bloße Zugehörigkeit zu vaterländischen Verbänden an sich, ohne Bewährung, eine Berechtigung für die Einzelnen abgibt.“ Daraus folgte: „Zur Führung im politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben sind Personen, die aus der bodenständigen Bevölkerung kommen, allein befähigt.“¹⁴⁸ Die Sturmcharen waren – nach ihrem Selbstverständnis – „durch ihre im Programm verankerte Einstellung zur Judenfrage berufen, jene nationalen Kreise, die gut katholisch sind und sich als Oesterreicher fühlen, zu erfassen und in ihnen wieder die alte Liebe zur Heimatscholle zu erwecken“.¹⁴⁹

In den „Schulungsblättern“ der oberösterreichischen Sturmcharen wurde auch gegen den politischen Gegner mobilgemacht: Im Juli 1936 wurde Folgendes gefordert:

„Es ist daher für Österreich von größter Wichtigkeit, daß nun die guten Beziehungen zu Deutschland auch dauernd aufrecht bleiben und nicht durch Hetzerei und Lügenpropaganda unserer Inland-Nazi wieder abgebrochen werden müssen. Gerade deshalb muß heute allen [Wort unterstrichen] Ernstes darangegangen werden, sämtliche [Wort unterstrichen] Nazinester in Österreich auszuheben.“

¹⁴⁵ Landesschulungsreferat der Ostmärkischen Sturmcharen Oberösterreichs, Schulungsblätter, Nr. 1, 20.6.1936, 3.

¹⁴⁶ Ebenda, 4. Zur Frontmiliz siehe Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, 159; Tálos/Manoschek, Politische Struktur, 151 und 157; Reich, Ostmärkische Sturmcharen, 420.

¹⁴⁷ Reich, Ostmärkische Sturmcharen, 290–293; Thaler, Ostmärkische Sturmcharen, 339 f.

¹⁴⁸ Landesschulungsreferat der Ostmärkischen Sturmcharen Oberösterreichs, „Judenfrage“ (2 Seiten). Ich danke Univ.-Prof. Dr. Michael John für die Überlassung einer Kopie dieser Schulungsunterlage der Sturmcharen. Siehe dazu John, Vom nationalen Hort, 87.

¹⁴⁹ Oö. Landesbibliothek, Landesschulungsreferat der Ostmärkischen Sturmcharen Oberösterreichs, Die Gewinnung der Arbeiterschaft für das neue Oesterreich durch die Sturmcharbewegung, 1.

In derselben Nummer wurde auch gegen Linke – Sozialdemokraten und Kommunisten – Stellung genommen:

„Es dürfte allseits noch in Erinnerung sein, daß nach dem Mißglücken des von unseren Roten inszenierten Februarputsches eine große Anzahl von Schutzbündlern sich der strafenden Gerechtigkeit in Österreich entzogen und in das angebliche Arbeiterparadies Sowjet-Rußland geflohen sind. [...] Unsere Meinung nach wäre das beste Heilmittel gegen den Kommunismus die Verschickung auf einige Wochen nach Rußland aller jener, die auch in Österreich sich den Kommunismus wünschen.“¹⁵⁰

Familienpolitisch verschrieb man sich bei den Sturmsharen in Oberösterreich dem Kampf gegen das „Doppelverdienertum“: „Unbedingte Notwendigkeit für die Normalisierung der Familienverhältnisse ist es, daß die Frau wiederum der Familie als Mutter zurückgegeben wird und nicht mehr, sei es notgedrungen oder sei es aus Erwerbsucht, einem dauernden Verdienst nachgeht.“¹⁵¹

Die Auflösung der Ostmärkischen Sturmsharen im Jahr 1936 enttäuschte Schöpf wie viele andere Angehörige der Sturmsharen auch.¹⁵² Mit Genehmigung Schuschniggs reihte er die oberösterreichischen Sturmsharen vorerst in die christlichen Turnverbände ein.¹⁵³ Schließlich gehörte er selbst der „Frontmiliz“ an, in die die bisherigen Wehrverbände wie Heimwehren und Ostmärkische Sturmsharen überführt wurden.¹⁵⁴

Funktionär der Vaterländischen Front

Zwei Monate vor dem Bürgerkrieg des Februars 1934 lobte Albert Schöpf, Sekretär des Katholischen Volksvereins, bei einer Kundgebung des Volksvereins die Regierung Dollfuß euphorisch. Bei dieser Gelegenheit gab er sich als überzeugter Anhänger der Vaterländischen Front.¹⁵⁵

In der Vaterländischen Front, der Einheitspartei des autoritären Ständestaates, erlangte Albert Schöpf schließlich eine hohe Position, wurde er doch 1937 von Landesführer Heinrich

¹⁵⁰ Oö. Landesbibliothek, Landesschulungsreferat der Ostmärkischen Sturmsharen Oberösterreichs, Schulungsblätter, Nr. 2, 20.7.1936, 7.

¹⁵¹ Ebenda, Nr. 3, 20.8.1936, 14.

¹⁵² Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 430.

¹⁵³ Ebenda, 431 und 445.

¹⁵⁴ OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Fragebogen für Amt für Beamte, 13.7.1938; ebenda, Fragebogen, 15.11.1938.

¹⁵⁵ Salzkammergut-Zeitung vom 14. Dezember 1933, 8.

Gleißner zum „Gauführer“ im Bezirk Urfahr-Land ernannt.¹⁵⁶ Er war auch Mitglied des Beirates der Landesführung der Vaterländischen Front unter Landesführer Gleißner.¹⁵⁷ Auch bei den „vaterländischen Turnern“ verfügte er als „Gaudietwart“ über eine hohe Position.¹⁵⁸

Der Katholische Volksverein bestand im Rahmen des Ständestaates weiter, aber nur als kulturelle Organisation.¹⁵⁹ In einer Rede im Dezember 1935 sprach Schöpf, der ab diesem Jahr dem Ausschuss des Volksvereins angehörte, über dessen Aufgaben „und was er noch durchzuführen hat, bis das ganze Volk wirklich vom kath[olischen] Glauben erfüllt sei“. Erst dann sei es – so Schöpf – „möglich, den christlichen Ständestaat aufzubauen und zu erhalten“.¹⁶⁰ Schöpf machte massiv Werbung für den „christlichen Ständestaat“, der aus dem „Schutt des alten Parteienstaates“ aufgebaut werde. Die Lösung aller Aufgaben könne nur durch ein „katholisches Österreich“ erfolgen.¹⁶¹ In einer „Werbeversammlung“ der Vaterländischen Front in Feldkirchen an der Donau sprach er im November 1934 über „Ziel und Zweck der Wehrfronten“, besonders jener der Ostmärkischen Sturmsharen.¹⁶²

Schöpf diente dem Ständestaat bis zum Ende. Bei einem Bezirksappell der Vaterländischen Front in Bad Leonfelden sprach er im Oktober 1937 „in flammender, begeisternder Rede“. In dieser forderte er ein „Bekenntnis zum Staat, das wir von jedem Staatsbürger verlangen müssen“.¹⁶³ In einer weiteren Versammlung klärte Schöpf über die Mitgliedersperre der Vaterländischen Front ab 1. November 1937 auf, deren Sinn in der „völligen Überprüfung, Säuberung und Organisierung der Vaterländischen Front-Mitglieder“ liege. Man müsse „härter werde[n] auf jedem Gebiet, so dass die Gesamtheit von der Vaterländischen Front Respekt hat und dass die, welche sich zum Staate Oesterreich nicht bekennen, verspüren werden, was es heißt, Nichtmitglied der Vaterländischen Front zu sein“.¹⁶⁴

Besonders nach dem Treffen Schuschniggs mit Hitler bestand seitens der Vaterländischen Front gesonderter Aufklärungsbedarf, im Zuge dessen auch der VF-Funktionär Schöpf in mehreren Veranstaltungen das Wort ergriff. Bei einem Bezirksappell in Bad Leonfelden sprach „Gauleiter“ Schöpf laut einer Zeitungsmeldung „recht aufklärend und aufmunternd über die

¹⁵⁶ Vgl. Mühlviertler Nachrichten vom 26. März 1937, 11; Amtskalender 1938, 46; Mühlviertler Nachrichten vom 27. Oktober 1937, 4; ebenda vom 26. November 1937, 5.

¹⁵⁷ Mühlviertler Nachrichten vom 17. Juli 1936, 8.

¹⁵⁸ Mühlviertler Nachrichten vom 26. November 1937, 11.

¹⁵⁹ Reich, Ostmärkische Sturmsharen, 162.

¹⁶⁰ Mühlviertler Nachrichten vom 20. Dezember 1935, 4. Zur Funktion im Ausschuss des Katholischen Volksvereins siehe OÖLA, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Fragebogen für Amt für Beamte, 13.7.1938.

¹⁶¹ Mühlviertler Nachrichten vom 28. Februar 1936, 3.

¹⁶² Mühlviertler Nachrichten vom 23. November 1934, 5.

¹⁶³ Mühlviertler Nachrichten vom 29. Oktober 1937, 4.

¹⁶⁴ Salzkammergut-Zeitung vom 11. November 1937, 25.

Befriedung mit Deutschland“.¹⁶⁵ Auch bei der Kundgebung der Ortsgruppe Altenfelden der Vaterländischen Front trat er am 27. Februar 1938 auf. Diese Versammlung war als „Treuegelöbnis“ der „vaterländischen“ Bevölkerung für Österreich und für Kanzler Schuschnigg gedacht. Laut „Mühlviertler Nachrichten“ fand Schöpfs Rede einen „begeisterten Widerhall“. Eine in solch begeisterter Stimmung verlaufene Kundgebung habe Altenfelden – so der Zeitungsbericht – noch nie erlebt.¹⁶⁶

Anfang März 1938 wurde über Ersuchen des Landeshauptmanns Heinrich Gleißner Albert Schöpf vom Dienst im Magistrat Linz für die Dauer eines Monats wegen seiner „Tätigkeit in der Vaterländischen Front“ befreit.¹⁶⁷

Schöpfs Funktionen im autoritären Ständestaat waren nach 1945 nicht vergessen: Im Februar 1946 sprach sich die Personalvertretung des Magistrates Linz mit 17:3 Stimmen gegen die Pläne aus, ihm „ad personam“ den Dienstposten eines Obermagistratsrats zu verleihen. Als Begründung für diesen Beschluss wurde angeführt, dass Schöpf „aktives und führendes Mitglied der Ostmärkischen Sturmsharen“ gewesen war. Die Personalvertretung wies auf die Richtlinien der US-Militärregierung vom 3. August 1945 hin, wonach auch führende Mitglieder des „faschistischen Regimes vor der Nazizeit“ sowie der „militärähnlichen Organisationen“ wie Heimwehr und Ostmärkische Sturmsharen entlassen werden sollten.¹⁶⁸ Tatsächlich hätten – zumindest theoretisch – nach Ansicht der US-Besatzungsmacht auch die Repräsentanten des austrofaschistischen Regimes zwischen 1934 und 1938 der politischen Säuberung unterliegen sollen.¹⁶⁹

Bei den Entscheidungsträgern der Linzer Stadtverwaltung sah man den seinerzeitigen Ständestaat-Funktionär differenziert: Während der sozialdemokratische Vizebürgermeister Albin Gebhardt, der auch für das Personal zuständig war, sich der Meinung der Personalvertretung anschloss, attestierte Magistratsdirektor Egon Oberhuber, der freilich kein Sozialdemokrat, sondern großdeutscher Parteigänger gewesen war, Schöpf „politisch einwandfrei“ zu sein. Auch im Hinblick auf die Periode von 1934 bis 1938 sei ihm nichts vorzuwerfen.¹⁷⁰ Der Magistratsdirektor ersuchte – mit Rückendeckung des Bürgermeisters – die Personalvertre-

¹⁶⁵ Mühlviertler Nachrichten vom 4. März 1938, 5.

¹⁶⁶ Mühlviertler Nachrichten vom 11. März 1938, 6.

¹⁶⁷ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Magistrat an Schöpf, 3.3.1938.

¹⁶⁸ Ebenda, Personalvertretung an Personalstelle, 3.3.1946; Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 124.

¹⁶⁹ Tweraser, US-Militärregierung, bes. 172, 184 und 199.

¹⁷⁰ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Gebhardt an Koref, 26.3.1946; ebenda, Oberhuber an Koref, wohl April 1946.

tung um die Revidierung ihrer Stellungnahme, was tatsächlich im Mai 1946 geschah. Begründet wurde der Meinungsumschwung von den Personalvertretern damit, dass die US-Militärregierung den betreffenden Punkt ihrer Bestimmungen nicht in Anwendung gebracht hatte.¹⁷¹

Tatsächlich löste sich das „Problem“ für Schöpf und andere ehemalige Ständestaat-Funktionäre quasi von selbst, als in der ersten Jahreshälfte 1946 auch in der Stadt Linz nicht mehr die amerikanischen Abbaubestimmungen, sondern das österreichische Verbotsgesetz maßgeblich wurden. Letzteres sah überhaupt keine Maßnahmen gegen die Funktionsträger des Ständestaat-Regimes vor.¹⁷² Damit mussten sich schließlich auch die verantwortlichen Beamten der US-Administration abfinden.¹⁷³

„Befriedungsbemühungen“

Nach der Befreiung von der NS-Herrschaft bemühten sich die großen politischen Parteien ÖVP und SPÖ in der Bevölkerung den Glauben an die Lebensfähigkeit eines unabhängigen Österreich zu entfachen. Hand in Hand mit diesem Bemühen versuchte man, die Mitbeteiligung weiter Kreise der Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus sowie an der Herrschaftssicherung des NS-Regimes zu leugnen bzw. zu verharmlosen. Aus Sicht der österreichischen Regierung lag dies im Interesse der österreichischen Politik, weil man so leichter den Staatsvertrag und das Ende der Besatzung Österreichs durch die alliierten Mächte zu erreichen glaubte.¹⁷⁴

Die fleißig propagierte Geschichte von Österreich als erstem Opfer der nationalsozialistischen Aggression war mit einer strengen Entnazifizierungspraxis nicht in Einklang zu bringen. Zudem ließ die große Zahl der NSDAP-Mitglieder, Mitläufer und Profiteure der NS-Herrschaft es für die österreichische Politik schwierig erscheinen, alle ehemalige NS-Sympathisanten und Sympathisantinnen zu bestrafen bzw. Sühnefolgen auszusetzen. Aus diesen Gründen war die politische Säuberung in Österreich praktisch von Beginn an dadurch gekennzeichnet, dass den relativ strengen Bestimmungen in den Entnazifizierungsgesetzen und -bestimmungen ein relativ milder Vollzug gegenüberstand. Die Ansichten in der Politik und in der Presse

¹⁷¹ AStL, Personalakt Dr. Albert Schöpf, Magistratsdirektor an Personalvertretung, 4.5.1946; ebenda, Personalvertretung an Personalstelle, 13.5.1946.

¹⁷² Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 121 und 127; Tweraser, US-Militärregierung, 193.

¹⁷³ Tweraser, US-Militärregierung, 199–201.

¹⁷⁴ Schuster, Deutschnational, 289 f.

deckten sich weitgehend darin, zumindest „einfache“ NSDAP-Mitglieder und die so genannten Mitläufer ungeschoren zu lassen. Parallel dazu bestand kein großer Wille, die in der NS-Zeit enteignet und verfolgten Jüdinnen und Juden zu entschädigen.¹⁷⁵

In diesem Zusammenhang sahen die politischen Parteien in den früheren Nationalsozialisten und deren Familien auch ein Wählerpotenzial, das sie nicht der politischen Konkurrenz überlassen wollten. Insbesondere ÖVP und SPÖ wetteiferten – gerade auch in Oberösterreich – früh darum, ehemalige NS-Anhänger und Anhängerinnen für sich zu gewinnen. Die Galionsfiguren dieser Politik waren Landeshauptmann Heinrich Gleißner für die ÖVP und Bürgermeister Ernst Koref für die SPÖ, die beide als politisch Verfolgte der NS-Zeit galten.¹⁷⁶

Kennzeichnend für die Politik der Milde von ÖVP und SPÖ gegenüber den „minderbelasteten“ Nationalsozialisten waren aber nicht nur Initiativen, die Entnazifizierung zu beenden (was vielfach an den Besatzungsmächten scheiterte) bzw. Amnestiebestimmungen in großem Stil zur Anwendung zu bringen, sondern auch Gespräche bzw. Verhandlungen mit prominenten Nationalsozialisten.¹⁷⁷ Laut einem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck an die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich hielt die Landesleitung der ÖVP Oberösterreich im Februar 1949 in Vöcklabruck eine Besprechung mit belasteten Nationalsozialisten ab.¹⁷⁸

Eine besondere mediale Aufmerksamkeit erzielte das Treffen von hochrangigen ÖVP-Politikern mit ehemaligen NS-Funktionären am 28. Mai 1949 in einer Villa in Oberweis bei Gmunden. Auf Seite der ÖVP nahmen Julius Raab (stellvertretender Parteiobmann), Alfred Maleta (Nationalratsabgeordneter), Albert Schöpf (oberösterreichischer Landesparteiobmann) und Karl Brunner (Nationalratsabgeordneter) an der Zusammenkunft teil, auf Seite der „Ehemaligen“ erschienen Manfred Jasser (NS-Publizist), Taras Borodajkewycz (entlassener Universitätsprofessor und NS-Propagandist), Walter Pollak (HJ-Führer) und Theo Wührer (Adjutant von Ernst Kaltenbrunner).¹⁷⁹ Die Nationalsozialisten forderten angeblich für eine Unterstützung der ÖVP im Gegenzug 25 Mandate für eine „nationale“ Gruppierung im Parlament, den

¹⁷⁵ Schuster, *Deutschnational*, 289–293.

¹⁷⁶ Schuster, *Politische Restauration*, 188–195.

¹⁷⁷ Rathkolb, *NS-Problem*, 80–88; Svoboda, *Partei*, bes. 102–104; Schuster, *Deutschnational*, bes. 195.

¹⁷⁸ OÖLA, Landesregierung Präsidium 1945 ff., 26.102/1949, Monatsbericht BH Vöcklabruck für Februar 1949, 7.3.1949, 1.

¹⁷⁹ Rathkolb, *NS-Problem*, 82; Reimann, *Dritte Kraft*, 116 f.; Schuster, *Deutschnational*, 246. Falter, *Kooperation*, 162, erwähnt als Teilnehmer nicht Schöpf, jedoch den oberösterreichischen Landespartei-sekretär Walter Resinger, und auch nicht die anderswo genannten Erich Führer (NS-Rechtsanwalt und SS-Führer) und Wilhelm Höttl (SD-Führer), jedoch den NS-Verleger Friedrich Heiss und den nationalsozialistischen Staatsrechtler Hermann Raschhofer. Die Teilnahme von Schöpf muss jedoch als gesichert angesehen werden (vgl. *Salzburger Volkszeitung* vom 11. Juni 1949, 1): „Von ÖVP-Seite nahmen neben Minister a.D. Raab die Nationalräte Maleta und Brunner und der ÖVP-Landesparteiobmann von Oberösterreich, Bundesrat Schöpf, teil.“ Siehe dazu auch OÖN vom 29. Juni 1949, 1.

Posten des steirischen Landeshauptmanns, die Aufstellung eines ihnen genehmen Bundespräsidenten sowie die Ablöse des parteilosen Justizministers Josef Gerö.¹⁸⁰

Während von Seiten der SPÖ die Verhandlungen „zwischen den grün-weißen und braunen Faschisten“ angeprangert wurden, gab die ÖVP zwar die „Verhandlungen“ zu, bestritt aber irgendwelche Absprachen über Kandidatenlisten. Alfred Maleta bezeichnete die nationalsozialistischen Teilnehmer an den Gesprächen als „politisch tragbare Minderbelastete“.¹⁸¹

In der Öffentlichkeit war klar, dass sich in Oberösterreich vor allem die ÖVP-Politiker Maleta und Schöpf für die „Befriedungsbemühungen“ mit den Nationalsozialisten engagiert hatten.¹⁸² „Der Begriff der ‚Befriedung‘ war nach 1945 ein zentrales Motiv im Kampf gegen die Entnazifizierung, die, so das Argument, eine ‚Versöhnung‘ innerhalb des Volkes verunmöglichen würde.“¹⁸³ Laut „Linzer Volksblatt“ erhob Schöpf „unermüdlich seine Stimme für die Beseitigung des unseligen NS-Gesetzes“. „Lange vor Oberweis“ habe er „den Nazi von gestern die Tür ins politische Leben wieder aufgestoßen und lässt sich durch die deswegen gegen ihn gerichteten Angriffe von links und rechts nicht beirren“.¹⁸⁴ Albert Schöpf setzte sich auch in Zusammenhang mit dem „Nationalsozialistenproblem“ für „besondere Amnestiebestimmungen für Heimkehrer aus russischer und jugoslawischer Kriegsgefangenschaft“ ein.¹⁸⁵ Von der gegnerischen Presse wurde Schöpf auch mit den Worten zitiert, „ÖVP und Nationalsozialismus verbinde doch der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus, der den Nationalsozialisten Herzenssache war und sie deshalb zu natürlichen Verbündeten mache“.¹⁸⁶

Rezeption

Kennzeichnend für die vielen Zeitungsartikel, die dem Leiter der WAG und dem Mitbegründer der ÖVP Oberösterreich nach 1945 gewidmet wurden, war das Ausblenden seiner politischen Vergangenheit im Ständestaat.¹⁸⁷ Die hohen Führungspositionen von Albert Schöpf in der Vaterländischen Front und bei den Ostmärkischen Sturmsharen scheinen selbst

¹⁸⁰ Rathkolb, NS-Problem, 82 f.; Dokumentation 1945–1955, 137–139; Falter, Kooperation, 163.

¹⁸¹ Dokumentation 1945–1955, 138 und 142; Linzer Volksblatt vom 11. Juni 1949, 1; Salzburger Volkszeitung vom 11. Juni 1949, 1; Salzburger Volkszeitung vom 13. Juni 1949, 1; Der Neue Mahnruf vom 15. Juni 1949, 1; OÖN vom 29. Juni 1949, 1 f.; Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 144; siehe auch Sandgruber, ÖVP in Oberösterreich, 417 f.

¹⁸² Salzburger Nachrichten vom 10. September 1949, 4.

¹⁸³ Falter, Kooperation, 164.

¹⁸⁴ Linzer Volksblatt vom 24. September 1949, 3.

¹⁸⁵ Linzer Volksblatt vom 23. Mai 1949, 1.

¹⁸⁶ Österreichische Volksstimme vom 1. März 1949, 2; Salzburger Tagblatt vom 3. März 1949, 2.

¹⁸⁷ Vgl. z.B. AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Linzer Volksblatt, 29.4.1966, 3; Mühlviertler Nachrichten vom 29. April 1971, 3; ebenda, Neues Volksblatt vom 29. Juni 1976, 7; ebenda, Neues Volksblatt vom 7. Oktober 1980.

in der von Harry Slapnicka verfassten Biographie nicht auf, wohl aber in der Biographischen Datenbank des Oberösterreichischen Landesarchivs.¹⁸⁸

Im Dezember 1983 beschloss auf Antrag von Bürgermeister Franz Hillinger der Linzer Stadtssenat einstimmig die Benennung einer Albert-Schöpf-Straße in der Katastralgemeinde Kleinmünchen. Der Straßenzug, der der Aufschließung einer von der WAG errichteten Wohnsiedlung diene, verläuft im Stadtteil Oed von der Europastraße gegenüber der Einmündung der Wieningerstraße halbkreisförmig nach Südwesten.¹⁸⁹ Bereits im Vorfeld hatte Bürgermeister Hillinger die WAG über die beabsichtigte Benennung informiert:

„Mit der Benennung eines Straßenzuges nach dem langjährigen Vorstand Ihrer Gesellschaft, OSR [Obersenatsrat] Dr. Albert Schöpf, komme ich gerne einem Wunsch nach, der vor einiger Zeit an mich herangetragen wurde. Albert Schöpf hat sich bleibende Verdienste um den sozialen Wohnbau in Linz in der Nachkriegszeit erworben.“¹⁹⁰

Die Kenntnisse über ihren langjährigen Leiter scheinen bei der heutigen „WAG Wohnungsanlagen Gesellschaft m.b.H.“ nicht mehr vorhanden zu sein. Auf eine Anfrage des Autors wurde ihm vom Vorsitzenden der Geschäftsführung zwar mitgeteilt, dass „die gesamten Archive der WAG (physische und digitale) eingehend durchforstet“ worden seien. Das Ergebnis war jedoch negativ: „Im Hinblick auf die von Ihnen gewünschten personenbezogenen Informationen über Dr. Albert Schöpf muss ich Ihnen aber leider mitteilen, dass wir keine relevanten Unterlagen zu seiner Person gefunden haben.“¹⁹¹

Zusammenfassung

Der gebürtige Vorarlberger Albert Schöpf, der tief im katholischen Milieu verwurzelt war, begann seine politische Laufbahn auf Seiten jener Christlichsozialen, die bereits vor dem Februar 1934 anstatt der parlamentarischen Demokratie ein autoritäres Regime in Österreich installieren wollten. Der Ausgang des Bürgerkriegs brachte ihm nicht nur eine finanziell attraktive Anstellung im Magistrat Linz ein, sondern auch politische Spitzenfunktionen im autoritären Ständestaat. Als Landesführer der Ostmärkischen Sturmsharen gehörte er einer Orga-

¹⁸⁸ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262 f.; OÖLA, Biographische Datenbank, <https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=1198¶m=la2017> (24.5.2022).

¹⁸⁹ AStL, Straßenbenennungen, Albert-Schöpf-Straße, Amtsbericht und Antrag, 7.12.1983.

¹⁹⁰ Ebenda, Hillinger an WAG, 28.9.1983.

¹⁹¹ AStL, Archivablage, E-Mail von Dr. Gerald Aichhorn, Vorsitzender der Geschäftsführung, 21.3.2022.

nisation an, die offensiv antisemitisches Gedankengut vertrat. Der Gauführer der Vaterländischen Front sah in den Jahren vor 1938 vor allem die Nationalsozialisten als Gefahr für den neuen österreichischen Staat an und äußerte sich auch öffentlich gegen sie.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich wurde Albert Schöpf aus politischen Gründen entlassen. Er erlangte schließlich eine Anstellung bei der Wohnungsaktiengesellschaft der Reichswerke Hermann Göring (WAG), wo er es – obwohl nicht Parteimitglied – zum Abteilungsleiter brachte.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft gelang es ihm mit viel Tatkraft, aber auch mit Härte die rechtlich unsichere Stellung der WAG abzusichern und das Unternehmen als die größte Wohnungsgesellschaft Österreichs zu etablieren. Parallel zu seiner Leiterfunktion in der WAG setzte er nach 1945 seine Karriere als Spitzenbeamter der Stadt Linz fort. Zudem übernahm er in der Nachkriegszeit als Politiker Spitzenfunktionen in der Landespartei der ÖVP sowie Mandate im National- und Bundesrat. Innerhalb der ÖVP zählte er zu jenen Funktionären, die ehemalige NS-Parteimitglieder möglichst schonend behandeln wollten und dabei auch nicht vor tiefergehenden Gesprächen mit früheren NS-Funktionären zurückschreckten. Auf der anderen Seite trachtete er danach, in Linz die Benennung einer Straße nach dem Richter des NS-Volkgerichtshofs Franz Langoth zu verhindern.

Albert Schöpf, dessen beruflicher Lebensinhalt vor allem der Entwicklung der WAG gewidmet war, verfügte in all seinen Tätigkeitsbereichen über sehr viel Zuspruch und Anerkennung auch jener Kreise, die ihm politisch nicht nahestanden. Allgemein wurde er als betont sachorientierter Manager geschätzt, dem jegliche publicityträchtige Effekthascherei fremd war.

Literatur

25 Jahre WAG = 25 Jahre Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Hrsg. von der Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Linz 1963.

40 Jahre WAG = 40 Jahre WAG Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Hrsg. von der Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Linz 1978.

Amtskalender 1938 = Oberösterreichischer Amtskalender Der Oberösterreicher. Auskunft- und Geschäftshandbuch für das Jahr 1938. Linz 1937.

Bart/Puffer, Gemeindevertretung = Richard Bart und Emil Puffer, Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart. Linz 1968.

Blöchl, Lebenserinnerungen = Johann Blöchl, Meine Lebenserinnerungen. Linz 1969.

Dokumentation 1945–1955 = Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945–1955. Hrsg. von Josef Kocensky. Wien–München 1970.

- Falter, Kooperation = Matthias Falter, Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die „Ehemaligen“ und die Österreichische Volkspartei. In: Zeitgeschichte 44/3 (Mai/Juni 2017), 160-174.
- John, Vom nationalen Hort = Michael John, Vom nationalen Hort zur postmodernen City. Zur Migrations- und Identitätsgeschichte der Stadt Linz im 20. und 21. Jahrhundert (HistJbL 2014/2015). Linz 2015.
- Maleta, Bewältigte Vergangenheit = Alfred Maleta, Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932-1945. Graz-Wien-Köln 1981.
- Pauley, Weg in den Nationalsozialismus = Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich. Wien 1988.
- Rathkolb, NS-Problem = Oliver Rathkolb, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Hrsg. von Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb. München 1986, 73-99.
- Reich, Ostmärkische Sturmcharen = Walter Reich, Die Ostmärkischen Sturmcharen. Für Gott und Ständestaat. Frankfurt am Main 2000.
- Reimann, Dritte Kraft = Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich. Wien-München-Zürich-New York 1980.
- Sandgruber, Linzer ÖVP = Roman Sandgruber, Die Anfänge der Linzer ÖVP. In: Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (HistJbL 1995). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 1996, 69-85.
- Sandgruber, ÖVP in Oberösterreich = Roman Sandgruber, Die ÖVP in Oberösterreich. In: Volkspartei - Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Hrsg. von Robert Kriechbaumer und Franz Schausberger. Wien-Köln-Weimar 1995, 403-433.
- Sandgruber, Wiederaufbau = Roman Sandgruber, Vom Wiederaufbau in die Mitte Europas. 60 Jahre ÖVP Oberösterreich. Linz 2005.
- Schuster, Deutschnational = Walter Schuster, Deutschnational, nationalsozialistisch, entnazifiziert. Franz Langoth - eine NS-Laufbahn. Linz 1999.
- Schuster, Eliten = Walter Schuster, Eliten in Politik und Verwaltung: Die Stadt Linz 1918 - 1934 - 1938 - 1945. In: Biographien und Zäsuren. Österreich und seine Länder 1918 - 1933 - 1938 (HistJbL 2010/2011). Hrsg. von Wolfgang Weber und Walter Schuster. Linz 2011, 55-90.
- Schuster, Entnazifizierung Magistrat = Walter Schuster, Die Entnazifizierung des Magistrates Linz. In: Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (HistJbL 1995). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 1996, 87-205.
- Schuster, Politische Restauration = Walter Schuster, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich. In: Entnazifizierung im regionalen Vergleich (HistJbL 2002). Hrsg. von Walter Schuster und Wolfgang Weber. Linz 2004, 157-215.
- Seidel, Wirtschaft = Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005.
- Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945 = Harry Slapnicka, Oberösterreich - Die politische Führungsschicht ab 1945 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 12). Linz 1989.
- Slapnicka, Zweigeteiltes Land = Harry Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land 1945-1955 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 11). Linz 1986.

- Stöger, Sozialer Wohnbau = Harald Stöger, Sozialer Wohnbau in Linz. Problemstellungen von Wohnungswirtschaft und Wohnungsversorgung in der Nachkriegszeit (1945–1970). Geisteswiss. Diss. Salzburg 2002.
- Svoboda, Partei = Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Wien–Köln–Weimar 1993.
- Tálos/Manoschek, Politische Struktur = Emmerich Tálos und Walter Manoschek, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus: (Verfassungs-)Rechtlicher Rahmen – politische Wirklichkeit – Akteure. In: Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Hrsg. von Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer. Wien 2005, 124–160.
- Thaler, Ostmärkische Sturmcharen = Johannes Thaler, Ostmärkische Sturmcharen – Keimzellen eines katholischen Faschismus. In: (K)ein Austrofaschismus? Studien zum Herrschaftssystem 1933–1938. Hrsg. von Carlo Moos. Wien 2021, 331–344.
- Tweraser, US-Militärregierung = Kurt Tweraser, US-Militärregierung Oberösterreich 1: Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945–1950 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 14). Linz 1995.
- Wohngeschichten = Wohn(ge)schichten 1938–2013. 75 Jahre WAG. Hrsg. von der Wohnungsanlagen Ges.m.b.H. Linz 2013.